

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 19979.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Interate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Febr. (Privattelegramm.) Der Deutsche Vereinstag erkannte heute die Zweckmäßigkeit des Antrages des Danziger Zweigvereins auf Nutzharmachung des Reichstelegraphen auf den Leuchttürmen für die Handelsfahrt an.

Berlin, 14. Februar. Bei der heute fortgesetzten Sitzung der 2. Klasse der königl. preußischen Alleen-Lotterie fielen Vormittags:

1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 92 181.  
2 Gewinne von 15 000 Mk. auf Nr. 46 319  
36 920.

Travemünde, 15. Februar. (W.L.) Im Auftrage der Lübecker Handelskammern werden heute 100 Fischer mit Eisbrechen versuchen, die Eisperre zu beseitigen. Das Eis ist teilweise 1/2 Meter stark.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Februar.

## Aus dem Reichstage.

Wie aus dem gestern ausgegebenen Hofbericht hervorgeht, ist der Kaiser gelegentlich der Rückkehr von seiner gewöhnlichen Morgenspazierfahrt beim Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn v. Marshall vorgefahren und hat mit demselben in dessen Wohnung eine längere Conferenz gehabt. In politischen Kreisen wird mit Bestimmtheit angenommen, daß das Auftreten des Freiherrn v. Marshall bei Beginn der gestrigen Reichstagsitzung in ursächlichem Zusammenhang mit diesem Besuch gestanden habe. Der Staatssekretär wandte sich in ebenso entschieder wie scharfer Form gegen einen Artikel der gestrigen Morgenauflage der „Kreuzzeitung“, in welchem darauf angespielt wird, daß die Berliner russische Botschaft gewisse deutschfeindliche Artikel in russischen Blättern inspiere. Das sei eine ganz unbegründete Insinuation. Er hoffe, daß derartige Praktiker, die gegen die internationale Höflichkeit verstießen, sich nicht mehr wiederholten. — Der Staatssekretär nimmt da Bezug auf einen Passus der Wochenübersicht der gestrigen „Kreuzzeitung“, welcher die Protest-Correspondenzen der Petersburger „Novoje Vremja“ behandelt und in dem es wörtlich heißt: „Bekanntlich ist Proteus der Collectionname für mehrere Correspondenten, männlich wie weibliche, die das Eine gemein haben, daß sie durch das Medium gewisser geistlicher Einflüsse ihre Inspirationen direct von den hiesigen russischen Botschaft erhalten.“

Bezüglich des Vertrags mit Rußland wiederholte der Staatssekretär das bereits Bekannte. Die Frage des Abg. v. Manteuffel, ob die Regierung auch bei einem Entgegenkommen seitens Rußlands den Conventionalist nicht in Anwendung bringen wolle, beantwortete er in negativem Sinne. Gelange die Regierung zu einer Verständigung mit Rußland — was er nicht wisse —, so werde der Vertrag zunächst an den Bundesrat, dann an den Reichstag kommen. Wie Abg. v. Manteuffel entwickelte auch Abg. Graf Kanitz eine lange Wunschliste der Agrarier, die Regierung verschwende die Mittel zu Gunsten der Industrie und des Handels, z. B. für den Dortmund-Ems-Häfen-Kanal, habe aber kein Geld für die Landwirtschaft. Er ärgert sich über die Ermäßigung von Eisenbahntarifen in Oberschlesien, weil diese nur den Gängern zu Gute kommen. Die Angriffe des Grafen Kanitz gegen die Handelsverträge weist Staatssekretär v. Marshall mit

## kleines Feuilleton.

\* [Über Gerhard Hauptmanns neuestes Stück: „Der Biberpelz“] gehen der „Frk. Ztg.“ folgende Mitteilungen zu: „Das Stück spielt an der Spree, in der Nähe Berlins. Die Hälfte der Personen spricht Berliner Dialekt, die andere hochdeutsch. Den Dialect gebrauchen: ein Ueberfuhrmann, dessen Frau und zwei jugendliche Töchter, dann ein Spreeschiffer und ein Amtsdienner, hochdeutsch reden; der Amtsvorsteher, dessen Schreiber, ein „Schriftsteller“ — er schreibt angeblich für eine „Först- und Jagdzeitung“, lebt aber vom Betrug und vom Denunzieren! — ein Villenbesitzer und ein Privatgelehrter, der in dem Hause des letzteren wohnt. Das Dorf erfreut sich zahlreicher Stehler und Hefler, es ist ein Diebsnest. Die Matadoren desselben gehören der Familie Wolff an, und Vater und Mutter wie auch die zarten Mädchenblüthen Leontine und Adelheid betheiligen sich an der Aneignung fremden Eigenthums. Sie nennen Mutter „Wolff“ und deren Gemahl: Papa und Mama. Es ist Humor in dieser feinen Sitten der Diebsbande. Der „Papa“ legt an den Wechseln der Ause Schlingen und fängt sie. Die „Mama“ verkauft das ausgeweidete Wildpferd — die Leber essen die Gourmets selbst — an den Spreeschiffer, welcher die Beute nach Berlin, spreewärts befördert. Das eine der Mädchen berichtet: vor dem Hause ihres Dienstherrn habe man Holz abgeladen. Die Mutter beschließt, es sich anzueignen. Der Papa muß — es ist Winter — den Schlitten aus der Scheune herausschaffen, der zufällig anwesende Amtsdienner leuchtet daju, und das edle Paar vollzieht geräuschlos den Besuchwechsel der drei Cubimeter Thören-Antritt. Der Reh-Spediteur läßt bei der Uebernahme des Wildes die Bemerkung fallen, der Villenbesitzer, dem auch das Holz gehört, gehe in einem „Biberpelz“ spazieren. Er möchte auch einen Biberpelz bestehen und würde für solchen 60 Thaler zahlen. Angeregt, gehan. Der „Biberpelz“ ist sein. Es folgt der Prozeß vor dem Amtsgericht. Die Diebin ist nach dem Ausprache des Amtsvorstandes eine brave Frau, denn er kennt sie, sie wohnt in seinem Hause. Und was bedeutet, daß er die Schulden nicht sieht und dagegen die Aläger chicanirt. Er faßt seine Stellung überhaupt von einem höheren Standpunkt auf: Die Hauptfache ist ihm, die Gejinnung des Dorfes durch Spione ergründen zu lassen, um das Nest dann politisch zu reinigen. Zumest ist ihm der Privatgelehrte verhaft,

Entschiedenheit zurück; man klage die Regierung der Ungeschicklichkeit an, weil man sonst nichts zu sagen wisse. Er geißelt ferner das „vaterlandslose Beginnen“ des Frhns. v. Thüngen. Die Angriffe des Abg. v. Manteuffel auf die Freisinnigen, welche die Landwirtschaft ruiniren wollten, wies Abg. Rickert entschieden und treffend zurück. Feindlich gegen die Landwirtschaft sei nicht die freisinnige Partei, sondern die Schuhzoll- und Prämienvirtschaft, die auch den Arbeitermangel künstlich vergrößere. Die Angriffe berührten ihn nicht, da sie in gleicher Weise auch gegen den conservativen preußischen Landwirtschaftsminister geschleudert würden.

Bezeichnend für die Lage ist es jedenfalls, daß auch im Reichstage bei dieser Frage die Linke in der Lage war, dem Regierungsvorsteher v. Marshall lebhafte Beifall zu zollen, während sich die Rechte in eisiges Schweigen hielten.

## Die Anträge Rickert, Bebel und Bennigsen in der Militärcommission.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, ist die Militärcommission des Reichstages gestern nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte, welche zur Vertragung des Antrages Rickert über die Ergebnisse der finanziellen Erörterungen der Commission bis nach Erledigung der Frage der zweijährigen Dienstzeit führte, in die Discussion zu letzterem Gegenstande vorliegenden Anträge Rickert, Bebel und Bennigsen eingetreten. Zu einer Beschlusssitzung kam es noch nicht. Der Antrag Rickert will bekanntlich durch Abänderung des Art. 59 der Verfassung die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen gesetzlich feststellen, legt aber auf die Abänderung der Verfassungsbestimmung keinen besonderen Wert, vorausgesetzt, daß eine gesetzliche Feststellung erfolgt. Abg. v. Bennigsen will diese herbeiführen, aber mit dem Zusatz, daß die gesetzliche Bestimmung der zweijährigen Dienstzeit nur so lange in Kraft bleibt, als die Friedenspräsenzstärke nicht unter die in der jetzigen Vorlage bezeichnete Zahl herabgesetzt werden wird. Herr v. Bennigsen will, wie er sagte, dem Reichstage nach Ablauf des Gesetzes, also nach fünf Jahren das Recht geben, sich darüber zu entscheiden, ob Verminderung der Präsenzstärke oder Erhaltung der zweijährigen Dienstzeit für ihn wertholler sei oder klarer ausgedrückt, der Antrag Bennigsen will verhindern, daß nach fünf Jahren ein anderer Reichstag die Präsenzstärke herabsetzt. Der Reichskanzler vertheidigte die Bestimmung der Vorlage gegen die Ausführungen des Abg. Rickert, bemerkte gegen den Antrag Rickert, eine Abänderung des Art. 59 der Verfassung lediglich bezüglich der zweijährigen Dienstzeit sei unpraktisch; man müsse dann auch die sonst bereits gesetzlich feststehenden Abänderungen des Artikels berücksichtigen. Er warf der „Opposition“ vor, keine Rücksicht auf die nothwendige Verstärkung der Armee zu nehmen. Jede Gestaltungnahme zu dem Antrag Bennigsen, der noch weiter geht, als die Vorlage, lehnte der Reichskanzler ab, bis „angemessene Anträge“ vorliegen, worin man eine indirekte Zustimmungserklärung zu dem Antrage sehen kann. Generalmajor v. Goszler beschränkte sich darauf, die Regierungsvorlage zu verteidigen. Die Regierung lege den größten Werth darauf, daß die nach zweijähriger Dienstzeit Entlassenen Dispositionsurlauber während des dritten Jahres blieben (nach Annahme des Antrags Bennigsen und Rickert sind sie reserviert); eine Wiedereinberufung oder Zurückhaltung bei der Fahne im dritten Jahre sei nur ausnahms-

denn dieser ließ viele „verbogene“ Bücher, besonders Roman und — Brandes... So verschlingen sich die Maschen und die Spottgeister umschweben kichernd das Bächlein von langsam fortstreitender Handlung, wenn dieses nicht oft scheinbar still steht. Der Schluss ist: Der Unschuldige wird bestraft und der Schuldige belohnt. Die echte Komödie, eine Theateratire, welche die Welt in Jerrbil zeigt, doch so, daß das wahre Gesicht noch durchdringt, ist unverkennbar durch Kleists „zerbrochenen Krug“ angeregt und in demselben Niederländer-Stile durchgeführt.“

\* [„L. Göh von Berlichingen“] hat neulich, wie aus Kopenhagen geschildert wird, die erste Aufführung in Dänemark auf dem Dagmar-Theater erlebt. Das Stück wird in prachtvoller Ausstattung Abend für Abend gegeben. Der Director des Dagmar-Theaters, Herr Professor Niels Knudsen, beabsichtigt, noch in dieser Saison „Fiesco“ zur Aufführung zu bringen.

\* [Vom Etikettenkram] früherer Zeit giebt der soeben erschienene 7. Band der „Bibliothek des Humors“ von E. D. Hopp (Berlin, Pfeiffer) mancherlei Proben. Im Jahre 1658 begegneten sich im Haag der französische und der spanische Gesandte in ihren Staatskassen, die zu jener Zeit bekanntlich von mächtigem Umfang waren, von Gefolge begleitet, auf offener Straße. Da diese enge war, wurde es den Beiden unmöglich, an einander vorbeizugehen, und es blieb nichts anderes übrig, als daß die eine Partei eine Strecke zurückfuhr und dadurch den andern Platz mache; aber gegen solche Nachgiebigkeit empörte sich auf beiden Seiten der Gefandtenfolz. Man wußt nicht, und da es hier, wie dort, zu lebhaften Erörterungen kam und das Gefolge auch nicht müdig blieb, mußte sich ein holländischer Offizier, von Beherwerben, mit hundert Mann dorthin begeben und diese zwischen die Hartnäcke aufstellen, um nur die Dienerschaft von Ehrläufigkeiten abzuhalten. Weiter aber konnte auch er nichts erreichen; die Herren blieben standhaft in ihrem Stolze und wären wohl niemals mit den Wagen gewichen trocken Wind und Wetter, sie wären vielleicht gar an Ort und Stelle gestorben, wohlrlich seltsame Märtyrer für die Ehre des Staats, wenn nicht die Generalstaaten selbst eingeschritten wären. Sie machten dem Streit dadurch ein Ende, daß sie die Einfassungen der Straße, die schünen Geländer neben den Häusern wegreißen ließen und also Platz zum Ausweichen schafften. Stolz führen nun die Herren Gesandten an einander vorbei. — Kaiser Leopold I.

wiese, bei einer sehr gespannten politischen Lage, beabsichtigt. Bezüglich der Truppenteile, auf welche die zweijährige Dienstzeit Anwendung finden soll, bestätigt er lediglich die Angaben des Reichskanzlers bei der ersten Lesung im Plenum.

Das Centrum ist gestern noch nicht zu Worte gekommen. Je nachdem dasselbe sich für den Antrag Bennigsen oder Rickert erklärt, wird die Entscheidung der Mehrheit zu Gunsten des einen oder des andern fallen. Der Antrag Bebel, der die zweijährige Dienstzeit für alle Truppen gesetzlich feststellt, ist insofern charakteristisch, als er beweist, daß die Sozialdemokraten es nicht mehr für angezeigt halten, sich lediglich auf den Standpunkt der Verneinung zu stellen. Zu einer Älärung der Lage hat die gestrige Sitzung nicht geführt.

## Für Bismarck und die agrarische Bewegung.

An die Behauptung der Münchener „Allgemeine Zeitung“, der Antrag Arendt im Abgeordnetenhaus (russischer Handelsvertrag) hänge nicht mit einem agrarischen Vorstoß zusammen; er sei lediglich hervorgerufen durch das Misstrauen in die Fähigkeit der deutschen Beauftragten Unterhändler, knüpft die „Bresl. Ztg.“ die Bemerkung, es scheine, als ob Fürst Bismarck der Action der Agrarier nicht ganz fern stehe. Wie sie erfahre, ist ein bekannter Eisenbahnbauunternehmer aus Gleiwitz vor kurzem in Sachen des deutsch-russischen Handelsvertrages beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen. Die Stellung des Abg. Arendt zum Fürsten Bismarck ist bekannt. Es ist allerdings nicht unwahrcheinlich, daß die Partiegänger des Fürsten Bismarck den Versuch gemacht haben, die agrarische Bewegung gegen den Grafen Caprioli auszubeuten.

Der Panamaprozeß zweiter Auflage kann noch nicht beginnen, da sie Arton noch nicht haben und Cornelius Herz schwer krank darunterliegt. Dem französischen Gesandten Waddington ist von dem englischen Ministerium des Außenwesens die Nachricht zugegangen, daß nach den englischen Gesetzen ein Verhör mit Cornelius Herz nicht vorgenommen werden könnte, weil seine jetzige Haft eine provisorische sei, aus welcher er nur unter gewissen Bedingungen ausgeliefert werden könnte. Die Effecten Cornelius Herz sind auf eine Denunciation hin neuerdings wieder genau durchsucht worden.

## Der Papst und die Civilehe in Italien.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Rom zu gehenden Meldung wird der angekündigte Protest des Papstes gegen den Gesetzentwurf betreffend die Einführung der Civilehe in Italien demnächst erfolgen. Ursprünglich hatte der Papst beabsichtigt, seine Einsprache gegen ein solches Gesetz einzutreten, daß man die gesetzliche Bestimmung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen aufhebe. Der Papst hat jedoch die im letzten Consistorium gehaltenen Allocution zu erheben; nunmehr heißt es aber, daß der heilige Vater, um seiner Aufforderung eine solennere Form zu leihen, die erwähnte Frage zum Gegenstand einer Encyclika an die italienischen Bischöfe machen werde.

## Maßregeln gegen die Juden in Russland.

Wie man uns aus Odessa schreibt, hat das Ministerium des Innern durch ein Circular an die Provinzgouverneure verfügt, daß die in ihren Gouvernementen ansässigen Juden, welche zum Aufenthalt in den inneren Provinzen des Reiches nicht berechtigt sind, unverzüglich zum Verlassen des betreffenden Gebietes innerhalb des Zeitraumes von vier Monaten und zur Niederlassung in der den Juden zugewiesenen Zone aufgefordert

sind. Diese einst eine große Gesellschaft von 354 Personen mit dem Grafen Dettingen an der Spitze nach der Türkei. In Salzaken erwarteten ihn die Türken. Beide Botschafter fliegen mit einem Tempo vom Pferde. Graf Dettingen aber blieb — seine Altersschwäche war wohl Schuld daran — im Steigbügel hängen. Und nun hielten die Türken auch ihren Gesandten so lange aus dem Sattel in freier Lust, als der deutsche im Steigbügel zappete. — Pufendorf erzählt, als der Zar Ivan 1657 einen Gesandten nach Berlin schickte, war der Große Kurfürst gerade krank und wollte, als ein wahrhaft großer Mann über allen Formen kram hinzugehen, den Russen im Bett empfangen. Darauf aber begehrte der Moskowite, beim Empfang „auch in einem Bett zu liegen“ und zwar mit Kopfbedeckung und gestiegen. Zum Glück wurde der Kurfürst wieder gesund und konnte den wunderlichen Gesell auf dem Stuhle empfangen. — So ging es überall peinlich genau und förmlich her. — Ein kaiserlicher Gesandter, der zufällig nur ein Auge hatte, wurde in Paris von einem General bewillkommen, der gleichfalls einäugig war; und als König Friedrich II. den Obersten Cremus, der nur einen Arm hatte, nach Paris sandte, schickte man ihm einen Gesandten wieder mit nur einem Fuß!

\* [Das Schneeschuhlaufen] und seine Verwendung für Jagd, Sport und Verkehr. Mit 22 Illustrationen, zweite neu bearbeitete Auflage. Herausgegeben von der Redaktion des „Tourist“ in Berlin W. 9. Obgleich erst im November 1892 die erste Auflage dieser Broschüre erschienen ist, hat sich bereits eine zweite Ausgabe derselben nötig gemacht, da das Buch völlig vergriffen ist. Diese Thatsache zeigt wohl am deutlichsten, wie die Herausgabe der Broschüre eine Lücke ausgefüllt hat, die sich mit der weiteren Verbreitung des Schneeschuhlaufs in Deutschland, Österreich und der Schweiz von selbst herausgebildet hatte. Trotz der kurzen Spanne seit der ersten und der zweiten Ausgabe liegt, hat die Redaktion des „Tourist“, die sich hauptsächlich um die Einführung dieses bedeutsamen Winter sports verdient gemacht hat, die Broschüre einer vollständigen Umarbeitung unterzogen und die 2. Auflage namentlich durch neue Erfahrungen aus der Praxis wesentlich bereichert in dem Streben, einen für Schneeschuhläufer zuverlässigen und praktischen Leitfaden zu schaffen, was vollständig erreicht ist.

\* [Zur Naturgeschichte des Schnurrbartes.] Die bei den romanischen Nationen sehr beliebte, auch in

wieder. Denjenigen Juden, die eine zahlreiche Familie haben, ein festes Amt bekleiden oder Immobilien besitzen, kann der Überseidelandstermin, wenn die betreffende Gouvernementsbehörde dies für zulässig erachtet, verlängert werden, keinesfalls jedoch über den 1./13. November d. Js. hinaus. Diese Maßregel wird sich auf diejenigen Juden nicht erstrecken, welchen es gelingen wird, sich vor Ablauf der bezeichneten Frist die gesuchten Dokumente zu verschaffen, die für den dauernden Aufenthalt außerhalb der der jüdischen Bevölkerung zugewiesenen Zone erforderlich sind. Es sei vorauszusehen, daß unter den Wirkungen dieser Maßregel der Handel in den Städten Libau, Riga und anderen russischen Hafenstädten, wo der größte Theil des Geschäftsverkehrs sich in den Händen der Juden concentrirt, sehr empfindlich leidet wird.

## Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 14. Februar.

Am Ministerialen: von Berlepsch, Bosse und Commissarien.

Das Haus ehrt das Andenken des am 7. d. M. verstorbenen Abg. Tannen (nat.-lib.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Senffard-Magdeburg (nat.-lib.) über die Berunreinigung des Elbwassers in der Umgebung von Magdeburg.

Abg. Senffard (nat.-lib.) weist darauf hin, daß die Elbe bei Magdeburg verunreinigt sei durch die Abwäsche der Soda- und Kaliwerke an den Ufern der Saale und der Auper bauenden Mansfelder Gesellschaft. Die Minister haben 1890 erklärt, auf Grund eines Gutachtens des Reichsgesundheitsamtes sei die Elbe nicht so verunreinigt, daß dem Verlangen, die Werke sollten ihre Abwäsche nicht mehr in die Elbe leiten, stattgegeben wäre. Zwischen ist eine solche Verschlechterung eingetreten, daß man die Abwäsche nicht mehr für den menschlichen Genuss gebrauchen kann. Man hat Brunnen wieder eröffnet, die man aus Gesundheitsrücksichten geschlossen hatte. Die Ausregung in Magdeburg ist eine große, namentlich auch unter den Frauen. Eine Besserung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Man möge bedenken, was die Verseuchung des Wassers für die Zukunft bedeutet. Der Prozentsatz der organischen Rückstände wächst von Jahr zu Jahr. Am meisten leiden darunter die unteren Klassen, denen die Mittel zur Beschaffung guten Wassers fehlen. Hygienische Autoritäten haben ausdrücklich hervorgehoben, daß die Abwäsche aus den Sodafabriken und den Mansfeld'schen Kupferbergwerken das Gedanken des Konkubacillus befördern. Das kann dazu führen, daß Magdeburg ein Seuchenherd wird. Ich möchte daher bitten, daß diesem Lebendstande von der Regierung Aufmerksamkeit geschenkt wird, und daß der Minister durch Intervention dem abhelfen möge. Der Minister hat die Anlage von Grundwasserbrunnen empfohlen und dafür Staatszuschüsse verprochen. Die Magdeburger verlangen aber kein Benefizium, sondern ihr gutes Recht, und der Staat allein ist verpflichtet, Abhilfe zu schaffen.

Minister v. Berlepsch: Die Größe der Calamität muß anerkannt werden, aber es stellen sich der Beleidigung derselben erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Bereits in den siebziger Jahren bestand die Verunreinigung der Elbe namentlich an den Zuckerfabriken und Braunkohlengruben. Als die Kaliwerke von Stassfurt hinzutrafen, stellte man sie unter die Concessionspflicht und kam auch auf den Plan, alle Abwäsche durch einen Kanal unterhalb Magdeburgs in die Elbe zu leiten. Die Kosten stellten sich auf 25 Mill. Mk. Dieser Betrag war zu hoch, ebenso die Kosten der Reinigung der Abwäsche, die nur durch Destillation zu ermöglicht waren. Die Abwäsche von Mansfeld kommen namentlich aus dem sogenannten „Salzigen See“, sie durchflossen unterirdische Salzlager und mußten, wenn der Mansfeld'sche Bergbau nicht ersauft sollte, gehoben und abgeleitet werden. Der Missstand ist ein vorübergehender, da Magdeburg selten einen so niedrigen

Wasserstand gehabt hat, wie in der letzten Zeit, wobei eine Verminderung des bei Magdeburg vorüberfließenden Wassers um ein Drittel eingetragen ist, was den Salzgehalt steigern mußte. Den schlechten Geschmack bringt der Magnesitgehalt mit sich, an dem der Mansfelder Bergbau nicht schuld ist. Mit dem höheren Wasserstande wird der Salzgehalt sich vermindern. Ob der Wasserstand dauernd sein wird, hängt davon ab, ob der Mansfelder Bergbau den salzigen See ableitet, der nur dadurch noch salziger wird, daß das Wasser unterirdisch noch mehr Salz aufnimmt. Die Ableitung des salzigen Sees wird 5 bis 6 Millionen Mark kosten. Aber bei niedrigem Wasserstande kann eine Abhilfe nur geschaffen werden, wenn das Wasser aus Tiefbrunnen genommen wird. Denn die Abwasser der Kaliverwerke können nicht anders abgeführt werden, als in die Elbe. Die Kaliverwerke haben eine ungeheure Bedeutung für die Landwirtschaft, namentlich für den Zuckerübergang und die Zuckerraffinerie, denen Magdeburg seine Blüthe verdankt. Deshalb muß man einen anderen Ausweg suchen, als das Verbot der Ableitung der Abwasser in die Elbe. Das Staatsministerium ist mit mir zu der Übereinigung gekommen, daß es am besten ist, wenn die Stadt Magdeburg sich entschließen würde, ihr Wasser aus Tiefbrunnen zu entnehmen; noch besser wäre es allerdings gewesen, wenn Magdeburg sich schon früher dazu entschlossen hätte, als jetzt, wo die Abhilfe so schwierig ist. Ein absolutes Recht einer Stadt darauf, daß ein Fluss so rein gehalten wird, daß man Trinkwasser daraus entnehmen kann, besteht unter unseren heutigen Verhältnissen nicht mehr. Bei der Magdeburger Deputation habe ich mit meiner Antwort wohl eine Befriedigung hervorgerufen. Ich habe ihnen angeraten, sich nach einer Stelle umzusehen, woher sie besseres Wasser bekommen; ich werde sie dabei unterstützen. Ich hoffe, daß die beteiligten anderen Industriestädte einen Beitrag gewähren werden, eventuell wird den betreffenden Ortschaften angedroht werden, daß sie ohne Alarung ihre Abwasser nicht mehr in die Elbe und ihre Nebenflüsse ablassen dürfen; das wird nicht ohne Wirkung sein, und es können auf diese Weise die sich einander entgegenstehenden Interessen ausgeglichen werden. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Krentz (Vertreter des Kreises Mansfeld) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein, in deren Verlaufe

Minister Dr. Bosse erklärt: Die Choleragefahr ist durch den Salzgehalt nicht verstärkt, sondern eher verminderd, denn die Cholera-Vaccinen leben, wie behauptet wird, im Salzwasser weniger lange, als in anderem Wasser; die Versuche darüber sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Da bei dem niedrigen Wasserstande das Elb- und Saalewasser überhaupt nicht getrunken wird, so ist die Choleragefahr nicht besonders bedenklich.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Darauf wird die Berathung des Cultussets fortgesetzt beim Gehalt des Ministers.

Abg. Dr. Poritz (Centr.): Ich freue mich über die Erklärung des Ministers, daß er zum Frieden wirken wolle. Nichts würde auch mehr verleihen als eine einseitige starre bureaukratische Ausführung der Gesetze. Der größte Theil der Culturkampfgesetze ist ja besiegt. Aber eine Anzahl culturkämpferischer Gesetze ist bestehen geblieben. Wir vermissen zwei Garantien: die Bestimmungen in der Verfassung, welche die freie Bewegung der Kirche gewähren (Zustimmung im Centrum), und die Sicherheit, daß die Ausübung obrigkeitlicher Rechte seitens des Ministeriums nicht ohne hinzuziehung katholischer Kräfte geschieht, wie früher durch eine katholische Abteilung. Für ihre Aufhebung sind die verschiedensten und unwahren Gründe angeführt worden. Es gibt ja katholische Beiräthe im Ministerium, aber wir müssen erwarten, die Forderung des Abg. Windhorst, daß die Räthe vertheidigt würden nach Maßgabe der Größe der Konfessionen. Das ist der konfessionellen Minderheit in anderen Ländern verfassungsfähig auch zugestanden. Auch hinsichtlich des Vorbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen bestehen noch vielfach Beschwerden. Auch das Gesetz über die Verwendung der erlebten Bistümern besteht noch. Das Gesetz über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirche enthält ein weitgehendes Beauftragungsrecht des Staates. Eigentümlich ist auch die Bevorzugung der Altkatholiken, denen katholische Kirchen zur Benutzung überwiesen werden. Das Reichsgesetz über die Ordensniederlassungen ist in einer für die Katholiken äußerst empfindlichen Weise ausgeführt worden. Auch das preußische Ordensgesetz ist discretionär ausgeübt worden. In einer Zeit, in welcher die Autoritätslosigkeit, die Sittenlosigkeit das Recht freier Bewegung hat, sollte man auch der Blüthe des katholischen Glaubens freiere Bewegung zugesehen. Man mag über die katholischen Orden denken, wie man will, man wird anerkennen müssen, der Gedanke, daß jemand im Interesse des Dienstes seiner Nebenmenschen schwere Gelübde auf sich nimmt, hat etwas unendlich Verzöhnendes. Was würde man dazu sagen, wenn die Freimaurerorden nur mit Genehmigung des Staates zugelassen würden, wenn ihr Vermögen unter Staatsaufsicht gestellt würde, oder welcher Schrei der Entrüstung würde sich er-

heben, wenn das Gleiche unseren jüdischen Bürgern gegenüber geschiehe? Meine leichte Be schwerde betrifft die höheren Mädchenschulen-Schwesternorden, welche sich dem Unterricht der weiblichen Jugend widmen, sind zwar zugelassen, aber sie dürfen keine Fortbildungskurse geben, welche die Mädchen für Ablegung des Lehrerinnenexamen befähigen. Der vorjährige Schulgesetzentwurf entsprach nicht ganz unseren Wünschen, aber wir hätten gerne an seinem Zustandekommen mitgearbeitet. Der Fall des Gesetzes hat uns nie betroffen. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Wir geben die Hoffnung auf, daß wir im absehbaren Zeit ein Schulgesetz bekommen. Aber wir bitten den Minister, das konfessionelle Element in der Volksschule möglichst zur Geltung zu bringen. Wir wollen die Abschaffung der Simultanschule. Auch möge der Minister möglichst daran achten, daß durch die Laieninspectoren nicht das religiöse Element in den Hintergrund gedrängt wird. Die wichtigste Frage des Unterrichtes ist die des Religionsunterrichtes. Voraussetzung eines geistlichen Religionsunterrichtes in Oberschlesien ist Zulassung des polnischen Sprache. In Oberschlesien hat bisher kein Gegenfall zwischen den Nationalitäten bestanden. Der Minister thut aber alles, um den „Beunruhigungsbaillus“ in Oberschlesien zu pflegen. (Zustimmung im Centrum.) Man darf den Religionsunterricht nicht benutzen, um Torschriften im Deutschen zu erzielen. Deshalb bedauern wir den Sprachenwahl. Es ist notwendig, daß die Kinder das Polnisch so weit verstehen, daß sie den Katholizismus politisch lesen können. Bezuglich der Disziplinenkinder werden wir uns auf die gerichtliche Entscheidung verlassen müssen. Berechtigt und befähigt, den Religionsunterricht zu ertheilen, ist allein die Kirche. (Zustimmung im Centrum.) Der Staat hat nur ein Aufsichtsrecht, er ist weder formell, noch materiell fähig, zu bestimmen, ob der Religionsunterricht der Lehre der Kirche entspreche. Die Wissenschaft, die Kunst und Literatur ist in hohem Grade antichristlich. Es gibt eine Wissenschaft, die ihren Ruhm deinen sieht, sich absolut vom Glauben an die Gottheit frei machen. Ich will die freie Wissenschaft nicht einschränken, aber auf die Hochschulen müßte Licht und Schatten gleichmäßiger verteilt werden. (Beifall im Centrum und rechts). Alle, die zu Thron und Altar stehen, müssen auch zusammenziehen gegen Gefahren von Außen und Innen. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Minister Dr. Bosse: Ich bin mit dem Vorredner damit einverstanden, daß die Unterrichtsverwaltung die Pflicht hat, bei den Berufungen der Lehrer an höhere Schulen Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen und darauf hinzuweisen, daß die Studirenden die eine wie die andere Richtung vernehmen und auch von der positiven Seite hören, was an wissenschaftlichen Errungen gebracht ist, damit sie selbst urtheilen und prüfen können. Der substantielle Inhalt der Beschwerden geht im großen und ganzen immer auf denselben Punkt, daß zwar seitens der Unterrichtsverwaltung eine gerechte und paritätische Behandlung der katholischen Kirche proclamirt und bis zu einem gewissen Grade gehandhabt wird, daß aber in einer Reihe von Fällen die Beförderungen den Katholiken nicht gewähren, was ihnen verfassungsmäßig gewährt werden muß. Wer die Thatsache an mich herangetreten ist, daß die Thatsache an mich herangetreten ist, daß der Schulchancen Arsch mafgebend sei für die Juden; das scheint ihm daraus hervorgehen, daß die Rabbiner sich bei ihren Entscheidungen immer darauf berufen. Im Gegensatz zu der Erklärung der Rabbiner, die gestern veröffentlicht sei, stellt er fest, daß das Wort Akum auch auf Christen angewendet werde. Der Minister sollte der Commission, der die jüdischen Religionsbücher übergeben sind, auch das Buch des Dr. Ecker übergeben, um zu untersuchen, ob der Schulchancen Arsch mafgebend für die Juden sei bei ihrem Vorgehen gegen die Akum, d. h. die Christen. Daß jeder Jude alles tut, was ihm danach erlaubt ist, ist nicht gefast; die Juden wissen ja, daß es auch ein Strafgesetzbuch gibt, das sie mehr zu fürchten haben, als den Schulchancen Arsch. (Suruf Ritteris: Danach kann die Debatte ja recht schön werden!) Darauf wird um 4 Uhr die weitere Debatte abgebrochen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Petition gegen den russischen Handelsvertrag und andere Petitionen.)

bleiben Bestimmungen sind nicht in dem Sinne aufgefaßt, daß damit den Katholiken eine Schlinge um den Hals geworfen werden sollte. Daran denkt kein evangelischer Christ. Daran denkt auch die Regierung nicht. Unbeirrt von der Parteiens Hah und Gunst werde ich auch fernerhin meine Entscheidungen treffen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Heereman (Centr.): Die Wirkungen des Culturkampfes sind wie die einer langen epidemischen Krankheit noch heute fühlbar. Eine Folge des Culturkampfes ist die geänderte Stellung der katholischen Beamten. Diese begegnen häufig einem Mangel an Vertrauen bei allen ihren Rathschlägen. Auch die evangelische Bevölkerung begegnet jeder Regelung des Culturkampfes. Wir vertrauen dem Wohlwollen des Ministers, aber die unteren Instanzen sind weitwegen nicht so gesicht und wohlwollend, wie die oberen. Ein Recht des Staates aufzugeben, verlangt niemand vom Minister, aber man kann doch in manchen Rechtsfragen verschiedene Meinung sein. Deshalb wäre es von Wert, wenn katholische Herren im Ministerium wären. Die Herren Rickert und Höbrect sind mit so viel Überzeugung für die jüdischen Bürger eingesetzt; ich darf annehmen, daß sie uns Katholiken gegenüber dieselben Grundfälle zur Geltung bringen. Was nun die Ordensniederlassungen behufs Krankenpflege betrifft, so muß hier Abhilfe geschaffen werden. Die Leute, welche immer von Patriotismus und Opferfreudigkeit sprechen, haben gar keine Ahnung, welche Opferfreudigkeit in diesen barmherzigen Schwestern steht. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dasbach (Centr.): Herr Rickert hat behauptet, Dr. Ecker, der als Gutachter in dem Judenspiegelprozeß fungirt hat, habe sein Gutachten von dem bestrittenen Aron Briemann anserfertigen lassen. Redner geht auf den Prozeß etwas näher ein. Der Judenspiegel von Justus d. i. Briemann ist veröffentlicht und vom Westfälischen Merkur gelobt worden; der letztere wurde daraufhin angeklagt wegen Aufreizung der Christen gegen die Juden. Dr. Ecker erstattete ein Gutachten. Sollte er sich wirklich von dem Verfasser des Judenspiegels das Material dazu haben geben lassen? Nachträglich hat Dr. Ecker eine Schrift: „Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit“ geschrieben, in welcher er dem Justus d. i. Briemann nicht in allen Punkten beitrat. Er hat dabei Briemann befragt und mit ihm den Talmud studirt, aber schließlich seine eigene, zum Theil von Briemann abweichende Meinung kundgegeben. Selbst wenn Briemann ein schlechter Mensch sein sollte, können seine wissenschaftlichen Kenntnisse groß sein. Redner beruft sich auf die telegraphische Auskunft des Dr. Ecker und untersucht dann die Frage, ob der Schulchancen Arsch mafgebend sei für die Juden; das scheint ihm daraus hervorgehen, daß die Rabbiner sich bei ihren Entscheidungen immer darauf berufen. Im Gegensatz zu der Erklärung der Rabbiner, die gestern veröffentlicht sei, stellt er fest, daß das Wort Akum auch auf Christen angewendet werde. Der Minister sollte der Commission, der die jüdischen Religionsbücher übergeben sind, auch das Buch des Dr. Ecker übergeben, um zu untersuchen, ob der Schulchancen Arsch mafgebend für die Juden sei bei ihrem Vorgehen gegen die Akum, d. h. die Christen. Daß jeder Jude alles tut, was ihm danach erlaubt ist, ist nicht gefast; die Juden wissen ja, daß es auch ein Strafgesetzbuch gibt, das sie mehr zu fürchten haben, als den Schulchancen Arsch. (Suruf Ritteris: Danach kann die Debatte ja recht schön werden!)

Darauf wird um 4 Uhr die weitere Debatte abgebrochen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Petition gegen den russischen Handelsvertrag und andere Petitionen.)

herigen Untersuchungen später aufzunehmen, doch ist ein Termin hierfür noch nicht festgesetzt.

\* Aus Dresden wird berichtet: „Der König von Sachsen unterhielt sich am Sonnabend auf dem hiesigen Subscriptionsball mit dem conservativen Abgeordneten Dr. Mehnert über die Socialisten-Debatte im Reichstage und sprach sich dabei dahin aus, daß ihm in der ganzen Discussion die Rede des Abg. Götzler am besten gefallen habe.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Februar. Die Gesammeinführung nach Oesterreich-Ungarn beträgt den veröffentlichten statistischen Überblicken zufolge im abgelaufenen Jahre 673/10 Millionen gegen 613/10 Millionen im Jahre 1891, die Waarenausfuhr im Jahre 1892 beträgt 741/10 Millionen gegen 786/10 Millionen im Jahre 1891. (W. L.)

Italien.

Rom, 14. Februar. Der Papst wird die mit der Glückwünschung anlässlich seines Bischofsjubiläums beauftragten Diplomaten von Freitag den 17. d. Ms. oder Montag den 20. ab einzeln empfangen. Die Bestimmung des Tages erfolgt nach Eintreffen der Vertreter der königlichen Familien von Belgien, Sachsen und Griechenland. Der russische Geschäftsträger erwartet ein Schreiben des Jaren, welches derselbe mit Geschenken seines Souveräns überreichen wird. — General v. Löß, der beauftragt ist, dem Papste die Glückwünsche des deutschen Kaisers zum Bischofsjubiläum zu überbringen, ist hier eingetroffen. Derselbe stattete heute in Begleitung des Majors v. Hausmann dem Cardinal - Staatssekretär Rampolla einen Besuch ab. (W. L.)

Danzig, 15. Februar.

Am 16. Februar: G.-A. 7.21, S. u. 5.8; Neumond. Wetterausichten für Donnerstag, 16. Februar, und zwar für das nördliche Deutschland: Wolkig, Niederschläge, ziemlich milde, starke Winde. Sturmwarnung f. d. Küsten.

Für Freitag, 17. Februar: Wolkig, Niederschläge, wenig kalter, starke Winde. Sturmwarnung f. d. Küsten.

Sonnabend, 18. Februar: Wolkig, vielfach bedeckt; feuchte Luft. Temperatur wenig verändert.

\* [Kreistag.] Vom Kreistage Danziger Höhe wurde in der heutigen Sitzung an Stelle des verstorbenen Herrn Koepell-Maczau mit 16 von 25 abgegebenen Stimmen Herr Bieler-Bankau zum Provinziallandtags-Abgeordneten gewählt. Auf Antrag des Hrn. Hirschfeld-Gernicau wurden versuchsweise auf 1 Jahr Mittel zur Prämierung von Dienstboten nach mindestens 5jähriger Dienstzeit bei derselben Herrschaft bewilligt. Eine sehr lange Debatte rief die Beschlusshaltung über die Gewährung einer Beihilfe von 10 000 Mark an die Gemeinde Odra zum Zweck eines Schulbaues hervor. Trotzdem der Vorsitzende darauf hinnies, daß die finanzielle Lage des Kreises einen Zuschuß in der angegebenen Höhe sehr wohl gestatte, und daß wegen Überfüllung der jetzigen Schulräume der Bau dringend notwendig sei, wurde die Beihilfe mit 16 gegen 9 Stimmen abgelehnt. — Die neulich vollzogenen Kreistags-Ergänzungswahlen wurden für gültig erklärt.

\* [Zugverspätung.] Anscheinend in Folge von Schneeweinen erlitt der Berliner Nacht-Schnellzug heute wieder eine so erhebliche Verspätung, daß erst gegen 11 Uhr die Ausgabe der Postsendungen erfolgen konnte.

\* [Von der Weichsel.] Die Eisbrecherarbeiten sind nach den heutigen Meldungen bis 2 Kilometer oberhalb Memel gelangt.

\* [Militärmusterung.] Das Erfahrgeschäft des Stadt-Kreises Dünzig findet Anfang März statt. Reklamationen wegen militärischer Unfähigkeit etc. sind rechtzeitig an den Civil-Vorständen der Erfah-Commission, Herrn Polizeidirector Wessel zu richten.

\* [Personalien beim Militär.] Reichs-Intendantur-Rath vom 17. Armeecorps ist auf seinen Antrag zum 1. April 1893 mit Pension in den Ruhestand versetzt. Schmidt, Ober-Rohrart vom Ulanen-Regt. Nr. 4, ebenfalls auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt. Dr. Metzger, Oberlehrer beim Cadettenhaus Wahlstatt, in gleicher Eigenschaft zum Cadettenhaus Köslin versetzt.

\* [Stadttheater.] Herr Alfred Bocka, der seit Beginn der vorigen Saison unserer Bühne angehört und momentan in diesem Winter eine sehr vielseitige Thätigkeit entwickelt, die des öfteren lobend anerkannt werden, hat am Freitag seinen Ehrenabend. Wie wir Herrn Kub neulich aus gleicher Veranlassung die Wiederbelebung des Byron-Schumann'schen „Manfred“ zu danken hatten, so ist die von Herrn Bocka zu seinem Banes veranstaltete Wiedervorführung des von Mendelssohn-Bartholdy so prachtvoll illustrierten Shakespearischen „Gommernachtstraumes“ zu begrüßen. Das hier seit mehreren Jahren nicht aufgeführte Werk wird mit der vollständigen Mendelssohn'schen Musik, sämtlichen Gefangen- und Tanzinlagen zur Aufführung gebracht werden. Hoffentlich hat der Benefiziant die kunstsmäßige Wahl nicht zu bedauern.

\* [Casinoball.] In den Räumen des Schülchenhauses fand gestern der alljährliche Fastnachtsball des Casinogesellschaft statt, der sich eines außerordentlichen Bejubels zu erfreuen hatte und erst in den ersten Morgenstunden seine Ende fand. Die Räume waren seltlich dekoriert. Die Musik wurde von der Kapelle des 128. Regiments unter Leitung des Herrn Rehkopf ausgespielt. Nach einem Festmarsch von Binder und der Röhrl'schen Festouverture kamen zwei Einakter zur Aufführung, und zwar das Lustspiel „Unerreichbar“ von Wilbrandt und das hübsche Moers'che Singpiel „Aus Liebe zur Kunst“. Beide wurden überaus flott gespielt. Nach einem Abendessen begann der Tanz.

\* [Vorträge von W. Finn.] Gestern Abend begann der vorigen Saison unserer Bühne angehört und momentan in diesem Winter eine sehr vielseitige Thätigkeit entwickelt, die des öfteren lobend anerkannt werden, hat am Freitag seinen Ehrenabend. Wie wir Herrn Kub neulich aus gleicher Veranlassung die Wiederbelebung des Byron-Schumann'schen „Manfred“ zu danken hatten, so ist die von Herrn Bocka zu seinem Banes veranstaltete Wiedervorführung des von Mendelssohn-Bartholdy so prachtvoll illustrierten Shakespearischen „Gommernachtstraumes“ zu begrüßen. Das hier seit mehreren Jahren nicht aufgeführte Werk wird mit der vollständigen Mendelssohn'schen Musik, sämtlichen Gefangen- und Tanzinlagen zur Aufführung gebracht werden. Hoffentlich hat der Benefiziant die kunstsmäßige Wahl nicht zu bedauern.

\* [Börse] In den Räumen des Schülchenhauses fand gestern der alljährliche Fastnachtsball des Casinogesellschaft statt, der sich eines außerordentlichen Bejubels zu erfreuen hatte und erst in den ersten Morgenstunden seine Ende fand. Die Räume waren seltlich dekoriert. Die Musik wurde von der Kapelle des 128. Regiments unter Leitung des Herrn Rehkopf ausgespielt. Nach einem Festmarsch von Binder und der Röhrl'schen Festouverture kamen zwei Einakter zur Aufführung, und zwar das Lustspiel „Unerreichbar“ von Wilbrandt und das hübsche Moers'che Singpiel „Aus Liebe zur Kunst“. Beide wurden überaus flott gespielt. Nach einem Abendessen begann der Tanz. \* [Vorträge von W. Finn.] Gestern Abend begann die Reihe seiner Vortragsabende über die „Wunder der Elektricität und Optik“ vor einem sehr zahlreich anwesenden Auditorium im Apollo-Saal, und zwar sprach er gestern über Licht und Wärme. Herr Finn zeigte sich dabei als ein überaus sicherer Experimentalator, dem keiner seiner vielen schwierigen Versuche mißlang. Der wesentliche Unterschied zwischen ihm und seinem Vater, der früher durch die Großartigkeit seiner Apparate und deren absolute Handhabung überall und auch in unserer Stadt berechtigtes Aufsehen erregte hatte, ist der, daß Herr W. Finn junior seine Versuche dem Publikum nicht an den Apparaten selbst zeigte, sondern sich der sogen. Projection wissenschaftlicher Experimente, der objectiven Darstellung, bediente; d. h., daß der betreffende Vortrag in erheblich vergrößertem Maßstabe mittels des Dubosc'schen Apparates zur Vertikalprojektion liegenden Gegenstände und Flüssigkeiten auf einem Wandbild zum Anschauen gebracht wird. Um den sehr starken elektrischen Strom hervorzubringen, den der Vortragende zu seinen Experimenten benötigte, bediente er sich einer Grove'schen Batterie von 75 Elementen und erläuterte mit ihrer Hilfe zunächst die elektrischen Wärmeerscheinungen und deren Wirkung auf gute und schlechte Leiter, die Glüh- oder Incandescent-Lampen der Systeme Edison, Siemens, Müller und Swan, das Bogenlicht und seine Eigenschaften, zeigte dann in der erwähnten Projektionsmethode Mayers schwimmende Magnete, die Rotation

## Ein Ausflug auf den Feldberg von Turtzow.

Die Reihe der schönen nebligen Tage, mit denen uns der heurige Winter fast beständig erfreut, gaben uns vor kurzem den Gedanken ein, der Feldbergspitze auch einmal im Winter einen Besuch abzustatten trocken warender Abnahmen von Freunden und Zeitungsberichten, die sehr mit Unrecht aus der verhältnismäßig harmlosen Besteigung unseres Feldberges eine beschwerliche, ja fast lebensgefährliche Unternehmung machen, bei der man sich mit Sack und Schippe einen Weg bahnen muß. Eines Dienstags morgens 9 Uhr, brachen wir auf und wählten als Hinweg die Route über den Hohberg, der durch reizvolles Schne und eine wahnsinnig heilige Wege loßigkeit den Beginn des Marsches etwas erschwert. In desto schnellerem und manchmal fast zu sinkendem Tempo über die ausgehenden Schneefelder, deren Decke ziemlich fest war, erreichten wir das Langenornachtal, um dort aus auf bequemem, gebahntem Weg bald zum Titisee zu kommen, wo wir nach kurzer Rast Nachmittags gegen 2 Uhr den Aufstieg durch das Bärenthal begannen mit der Vornahme, im Adler den ersten Halt zu machen.

In dem Bestreben, noch zum Sonnenuntergang auf dem Feldberg zu sein, verloren wir die Straße, um uns durch den Wald einen, wenn auch steileren, so doch kürzeren Weg zu bahnen. Doch die Sonne war leider schon untergegangen, so daß wir nur noch ein herrliches Abendrot bewundern konnten. Ohne aber noch zu längerer Betrachtung des sich bietenden entzückenden Bildes geneigt zu sein, da ein scharfer, eisiger Wind, dräuende Wolkenmassen, sowie last not least ein lebhafter Appetit uns zu schlemigen Eintritt in den gemütlichen Feldberger Hof veranlaßten, der uns mit seinem reizigen Oden einen überaus einladenden Eindruck machte.

Um halb 11 Uhr begaben wir uns zur Ruhe in die vorzülichen Betten des Feldbergerhofs, um am anderen Morgen gegen halb acht Uhr geweckt zu

von Flüssigkeiten um einen Magneten, die Elektrolyse des Wassers, die Schwingungskurven einer Stimmgabel, Plateaus Farbenspiele und andere kleinere interessante optische Täuschungen. Der zweite Theil des Vortrages lag ganz auf dem Gebiete der Optik. Er wurde durch eine Reihe gelungenen Experimente über die Polarisation des Lichtes ausgefüllt. Die einfache und doppelte Doppelbrechung des Kathartisches, die Wirkung des polarisierten Lichtes auf eine Quarzplatte, die wunderbaren Farbenerscheinungen des polarisierten Lichtes, wenn es vor seiner Passage durch den Analyseur noch durch einen zweiten doppelbrechenden Körper, z. B. Säurekristalle u. c. gehen muß, die prächtigen Erscheinungen der Gipsbilder u. c. Alle diese Experimente brachten eine solche Fülle des Belehrenden und Interessanten, daß dem Vortragenden, der nur leider für einen Theil des Publikums etwas schwer verständlich war, am Schlusse seiner Ausführungen überaus reicher Beifall zu Theil wurde. Am Donnerstag wird Herr W. Sinn speziell über Elektricität seinen Vortrag fortführen.

\* [Unfälle.] Der Maurergeselle M. litt gestern Abend in der Langgasse aus und brach den rechten Unterschenkel. — Der auf der Kaiserlichen Werft beschäftigte Zimmermann Carl G. erlitt gestern Nachmittag durch Fall von einer Leiter einen Rippenbruch. Beide Verletzten fanden Aufnahme im Stadt Lazarett in der Sandgrube.

\* [Wasserversorgung.] St. Albrechts. Nachdem eine Anzahl der Bewohner von St. Albrecht bei dem Regierungs-Präsidenten wegen Beschaffung besseren Trinkwassers und wegen Regelung der Abfuhr der Faßtassen zur Verhütung der Choleragefahr im genannten Orte vorstellig geworden ist, hat der Herr Regierungs-Präsident mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Bewohner von St. Albrecht zur Zeit genötigt sind, ihr Trinkwasser aus der Raduna zu entnehmen, dem Magistrat gegenüber den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die Herstellung von Brunnen dorfselbst aus Gemeindemitteln in Angriff genommen werde, da nach den Erfahrungen der letzten Cholera-Epidemie das Trinkwasser als der wesentliche Factor bei Entstehung und Ausbreitung der Seuche zu betrachten ist.

[Polizeibericht vom 15. Februar.] Verhaftet: 14 Personen, darunter 1 Stellmacher wegen Diebstahls, 10 Obdachlose, 2 Bettler. — Gestohlen: 1 blauer Winterüberzieher, 1 Micheluhu. — Gefunden: im Geschäft Langenmarkt Nr. 2 von Paul Kubolph 1 Paar Strümpfe und 1 Stück Lipe, 1 Abonnementkarte der „Danziger Zeitung“, 16 Altersversicherungs-Marken; abzuholen im Fundbüro der königl. Polizeidirection. — Verloren: 1 Paket, enthaltend 6 Maschinenteile (Schmierfette), 1 brauner Kuss mit Pfefferminz- und 1 Munsterbuck auf den Namen Adolf Böschmann; abzugeben im Fundbüro der königl. Polizeidirection.

### Aus der Provinz.

△ Neustadt, 14. Februar. In der Sitzung des provinziellen Landtages vom 25. Februar 1892 genehmigte derselbe die Anträge der eingesetzten Commission, als nach den anzuftellenden Ermittlungen der Bau für die dritte Irren-Anstalt und einer Anstalt für Epileptische nothwendig erscheine, die erforderlichen Baupläne für die dritte Irren-Anstalt und zugleich ein Concurrenten-Projekt zur Erweiterung der Neustädter Anstalt dem provinziellen Landtage vorzulegen. Inzwischen haben die nothwendigen Ermittlungen stattgefunden, auch sind die verlangten Baupläne aufgestellt und es wird der nächste provinzielle Landtag mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Es handelt sich zur Zeit um die Auswahl eines geeigneten Ortes für die neue Anstalt und es haben auch bereits bei der provinziellen Verwaltung verschiedene Kreise und Städte ihre diesfälligen Anträge eingereicht und ihre Grundfläche zur Verfügung gestellt. Auch der hiesige Magistrat ist, wie aus der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung verlautet, mit dem Herrn Landesdirektor wegen Erweiterung der hiesigen Irren-Anstalt in Unterhandlung getreten. Zweifellos kommen hier zwei Hauptfaktoren in Betracht, erstens die Kostenfrage und zweitens die gesunde Lage des Orts. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, würde die Erweiterung der hiesigen Anstalt der Errichtung einer dritten provinziellen Irren-Anstalt an einem anderen Orte unbedingt vorzuziehen sein. Im lehrenreichen Falle wäre zunächst das erforderliche Bau-Terrain nebst entsprechendem Zubehör anzukaufen und die hygienischen Einrichtungen (Wasserleitung, Canalisation u. c.) zu treffen. Beide Erfordernisse sind in Neustadt vorhanden, da die Provinz im Zusammenhang mit der Anstalt hier nicht allein ausreichende Ländereien, sondern auch eine Wasserleitung mit vorsorglichem Quellwasser besitzt. Der Erwerbspreis des benötigten Bauterrains und die Anlegung einer Wasserleitung erfordern aber enorme Kosten, die bei Erweiterung der Anstalt in Neustadt gespart werden könnten. Bei dem in Vorschlag gebrachten Gute Wesseln im Elbinger Kreise werden allein als Erwerbspreis desselben 336 000 Mk. und für Emilienhof 261 000 Mk. beansprucht. Eine weitere Ersparnis würde in baulicher Beziehung dadurch zu erzielen sein, daß manche der vorhandenen Baulichkeiten, z. B. Verwaltungs-, Wirtschafts- und Rüchengebäude u. c. erweitert resp. vereinigt und gemeinschaftlich benutzt werden könnten. Manche Functionen der Beamten, als Rentanten, Dekonome-Inspectoren, Unterbeamten u. c. ließen sich ferner zusammenlegen und vereinigen und würde dadurch manche Kraft erspart. Unzutrefflichkeiten durch zu große Ansäufungen von Kranken sind nicht zu befürchten, da es Anstalten gibt, die eine weit größere Anzahl von Kranken aufweisen, als hier unterzubringen beabsichtigt wird. Nun kommt noch bei Neustadt die äußerst gesunde Lage und die unmittelbare Nähe des Waldes hinzu. Nur mit Rücksicht auf die hiesigen günstigen Boden-, Wasser- und Luftverhältnisse hat sich die provinzielle Verwaltung seiner Zeit veranlaßt gezeigt, sich für Errichtung der zweiten provinziellen Irren-Anstalt in Neustadt auszusprechen. Welche Ueberstände durch die Ungunst der Boden- und Wasserverhältnisse entstehen können, hat sich in letzter Zeit bei der Irren-Anstalt in Niedleben bei Halle a. S. gezeigt.

Circhhaus, 14. Februar. Der Eigentümer W. in Gömörlor vor dem herbst vorigen Jahres seine Frau durch den Tod. Dies nahm er sich so zu Herzen, daß geisteskrank wurde. Am Montag erhängte er sich in seiner Stube.

\* Pölpin, 14. Februar. Auch hier hat die Polizei die sozialdemokratischen Flugblätter, welche zu der bevorstehenden Reichstagsswahl vertheilt werden sollten, konfisziert. Der Grund der hier und in Berent erfolgten Confiscation ist nicht bekannt.

□ Ebing, 13. Februar. Die goldene Hochzeit feierte am gefeierten Tage das Aderbürger Toldsdorf'sche Ehepaar. Herr Prediger Riebes überreichte dem Jubelpaare die vom Kaiser verliehene Jubiläumsmedaille, sowie eine Bibel als Geschenk des Gemeinde-Archivars zu St. Marien. — Wie bereits telegraphisch gemeldet, erhängte sich heute Nachmittag der junge Bautchniker Bartels. Die angestellten Nachforschungen ergeben Folgendes: B. hatte in der letzten Zeit einen etwas leichtsinnigen Lebenswandel geführt. Die auswärtigen wohnenden Eltern, welche hierunter zu leiden schienen, erhielten, zogen die dem Sohne bis dahin gewährten Unterstützungen zurück. Nachdem B. sich heute Nachmittag zum Dienste auf das Stadtbauamt begeben, brachte er den Selbstmordplan zur Ausführung, er erhängte sich an der Thürklinke. Für den Fall, daß der Selbstmord durch Erhängen mißlingen sollte, hatte sich B. einen geladenen Revolver in die Tasche gesteckt, welcher bei Aufsuchung der Leiche mit der rechten Hand fest umklammert gehalten wurde.

K. Alsfeld, 14. Februar. Gestern Nachmittag passierte ein gut, aber sehr „zugeknöpft“ gekleideter Mann unsere Ortsschaft. Da derselbe dem hiesigen Gendarm W. etwas verächtlich erschien, wurde er angehalten und nach dem Namen gefragt, worauf er in sehr zaghafter Weise vorgab, daß er Kawarreh hieße. Legitimationspapiere wollte er anfangs nicht bei sich haben, da er nur zum Besuch von Marienburg nach Elbing wanderte. Als jedoch der Gendarm von ihm verlangte, den

Überzieher zu öffnen und in seinem eigenen Interesse nadzusehen, ob er doch nicht irgend welche Papiere bei sich führe, entpuppte sich ein Deserteur der rothen Husaren. Wie er später zugab, hieß er nicht R., sondern Franz Schwatkowski von der ersten Eskadron zu Schlawe. Er will bereits am 6. d. Mts. von Schlawe fortgegangen sein, sich in Stolp Civilkleider gekauft hab. n, während er die Militärkleider unten trug. Er erfolgte die Abfertigung des Deserteurs an das Bezirks-Commando Marienburg.

Gotha, 13. Februar. In Königselb hat sich ein blutiges Drama abgespielt. Als der 11jährige Schüler Görz den Weg zur Schule antrat, wurde ihm in der Nähe der katholischen Schule der Weg durch seinen Cousin, den fast im gleichen Alter stehenden Schüler Stanislaus Slawinski, versperrt. Dabei gerieten beide in Streit, der damit endete, daß Görz das Taschenmesser hervorholte und dem Slawinski einen derartigen Stich in die Brust versetzte, daß er tot zusammenbrach. Wahrscheinlich hat die Messerstöße das Herz getroffen.

□ Pr. Friedland, 14. Februar. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl erhielt der Gemeinde-Bürgermeister Pieper aus Westfalen 18 Stimmen, Bürgermeister v. Herzberg 4 Stimmen. Ersterer ist somit zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt.

r. Kulm, 14. Februar. Die Einweihung der evangelischen Kirche zu Trebis findet am nächsten Freitag statt. Die Einweihung vollzieht Herr Consistorialrat Koch aus Danzig. — Zur Gründung eines Haus- und Grundbesitzervereins findet am nächsten Sonntage hier eine Versammlung von Interessenten statt.

□ Ronitz, 14. Februar. Der Etat der Stadtverwaltung für das Rechnungsjahr 1893/94 schließt mit Einnahme und Ausgabe gleichslautend auf 193 778 Mark. Aus dem Etat für 1892/93 waren aufzubringen 108 723 Mk., aus dem Etat für 1893/94 sind aufzubringen 131 504 Mk., daher für 1893/94 mehr 12 780 Mk.

Aus dem Kreise Ronitz, 14. Februar. Eine Beamtenfrau in Juno hatte im Herbst sie selbst gesammelte Pilze verschiedener Art eingemacht. Als nun in diesen Tagen in der Familie ein Gebrüderstag gefeiert wurde, sahen beim Mittagessen auch die Pilze nicht. Aber gleich nach dem Essen stellte sich bei allen Familienmitgliedern Unwohlsein und durchsichtbares Erbrechen ein. Der Ehemann, welcher sofort die Ursache erkannte, schickte schleunig nach einem Arzte, welcher denn auch durch Anwendung geeigneter Gegenmittel die Gefahr beseitigte, doch liegen die Frau und ein Kind noch krank daneben. Die Untersuchung der Pilze ergab, daß unter den geniebaren sich auch zahlreiche giftige befanden.

Thorn, 15. Februar. (Privatelegramm.) Die Desinfektionen und Unterfuchungen der Reisenden aus Russland auf dem hiesigen Bahnhofe sind jetzt wieder aufgehoben.

K. Thorn, 14. Februar. Die Aktionäre der Thorner Creditgesellschaft G. Prove u. Comp. hielten heute eine Hauptversammlung ab. In derselben wurde der Geschäftsbericht für 1892 (30. Geschäftsjahr) eröffnet. Der Bericht constatirt, daß die Sperrre gegen Russland und die vermindernde Bauthäufigkeit in unserm Ort auf die Verkehrsverhältnisse unseres Platzen ungünstig eingewirkt haben. Der Reservesfonds beträgt 30 000 Mk., der speciale Reservesfonds 28 832 Mk., der Kassenumsatz hat gegen 9 000 000 Mk. betragen. An Depots wurden über 400 000 Mk. niedergelegt; 2482 Wechsel im Betrage von 2 794 599 Mk. wurden angekauft. Auf Lombard wurden 126 988 Mk. ausgelöscht. Der Überschuss beträgt 15 417 Mk. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 5½ Proc.

C. Tr. Königsberg, 14. Februar. Der Bericht der Kaufmannschaft G. Prove u. Comp. hielten heute eine Hauptversammlung ab. In derselben wurde der Geschäftsbericht für 1892 (30. Geschäftsjahr) eröffnet. Der Bericht constatirt, daß die Sperrre gegen Russland und die vermindernde Bauthäufigkeit in unserm Ort auf die Verkehrsverhältnisse unseres Platzen ungünstig eingewirkt haben. Der Reservesfonds beträgt 30 000 Mk., der speciale Reservesfonds 28 832 Mk., der Kassenumsatz hat gegen 9 000 000 Mk. betragen. An Depots wurden über 400 000 Mk. niedergelegt; 2482 Wechsel im Betrage von 2 794 599 Mk. wurden angekauft. Auf Lombard wurden 126 988 Mk. ausgelöscht. Der Überschuss beträgt 15 417 Mk. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 5½ Proc.

C. Tr. Königsberg, 14. Februar. Der Bericht der Kaufmannschaft über die leichterlosen drei Monate bezeichnet das Getreidegeschäft am hiesigen Platze trotz starker Zufuhr als ein recht ungünstiges und schreibt die Schuldhauptföhrung auf die Concurrenz, welche in Folge von Staffelläufen aus dem Westen her entstanden ist; auch amerikanische reiche Angebote neben der eigenen reichen Ernte haben auf den Preis gedrückt.

Es ist mehr als in den entsprechenden Zeiten der beiden Vorjahren ausgewogen (40 000 resp. 6000 Tonnen mehr).

abgewogen gegen dieselben Zeiträume ca. 10 000 Tonnen weniger. Für Weizen hat die Concurrenz der Amerikaner uns fast das ganze Nordseegebiet verschlossen. Bei minimalster Zufuhr von Roggen aus Russland wurde Roggen doch zu sinkenden Preisen gehandelt. In den Monaten Dezember und Januar blieb fast jede Zufuhr von russischem Roggen aus. Für Hafer waren Belgien und England willige Abnehmer, während inländische Gerste wegen der Zollverhältnisse nur nach dem Innlande abgeführt werden konnte, was ein Weichen der Preise zur Folge hatte. Dieselbe Flutzeigte der Getreisemarkt, wie Bohnen und Wicken; nur Leinsaat wurde zu günstigen Preisen nach Innerdeutschland und dem Auslande abgezogen. In Spiritus war der Novemberabsatz ein sehr flotter; sehr große Zufuhr abdrückte den Preis so herab, daß er den billigsten Stand des ganzen Jahres darstellte. — Noch ist eine sichere Abhilfe für den Wetterstand der Oberstadt nicht abzusehen. Die Frist für Wasserbeschaffung wird von den Centralstaaten in unbestimmt Ferne gerückt. Der tiefe in den Boden gebrungene Frost bietet der Auffindung von Bruchstellen ungemeine Hindernisse.

\* Palmnicken, 13. Februar. Heute vor einem Jahre Morgens 1 Uhr brach die See bei hoher Sturmflut in das Bernsteinbergwerk „Grube Palmnicken“, setzte daselbe unter Wasser, und es sanden dabei 8 Bergleute ihren Tod. Zur Erinnerung an dieses Grubenunglück sandte gestern in der Kirche zu Palmnicken die Gedenkfeier statt. Am 12. Februar v. J. Abends 6½ Uhr fuhren die verunglückten und geretteten Bergleute in die Grube, und um dieselbe Zeit begann gestern die Gedenkfeier in der Kirche.

### Landwirthschaftliches.

XXI. Plenarversammlung des deutschen Landwirthschaftsvereins. (Originalbericht der „Danziger Zeitung“.)

O. C. Berlin, 14. Februar.

In der heutigen zweiten Sitzung war erster Gegenstand der Tagesordnung die Organisation des Viehversicherungswesens, ist besonders im Interesse der kleinen Viehhörner dringend geboten; 2) soweit sie die Versicherung von Pferden und Schweinen betrifft, kann ihre weitere Ausbildung, abgesehen von den Seuchenkrankheiten, der freien Viehstättigkeit überlassen werden;

3) die Herbeiführung einer möglichsten Verallgemeinerung der Versicherung der Rindviehbestände liegt im öffentlichen Interesse und bedarf der allseitigen Mitwirkung. Zu diesem Zwecke ist:

a) in erster Linie die Bildung von räumlich möglichst eng begrenzten Versicherungsvereinen allgemein anzustreben;

b) dieselben durch gesetzliche Maßnahmen zu unterstützen;

c) diesen Vereinen durch Zusammensetzung zu staatlichen oder provinzialen Verbänden auf gesetzlicher Grundlage die zu ihrem Fortbestande und zu ihrer geistlichen Entwicklung erforderliche Sicherheit zu gewähren;

d) wo und inwieweit die Bildung räumlich begrenzter Versicherungsvereine unter gleichzeitiger Zusammensetzung von Verbänden nicht erreichtbar ist, die Entwicklung größerer Versicherungsgesellschaften zu fordern.

e) Unter allen Versicherungswesensarten ist bei der Rindviehversicherung die Tuberkulose als die haupt-

sächlichste anzusehen. Das verschiedene Maß ihrer Verbreitung, die von der Gesundheitspolizei gestellten Anforderungen und die Möglichkeit, die Kenntnis ihres Auftretens im Einzelfalle zur Ergreifung von Maßnahmen behufs ihrer Einschränkung zu benützen, lassen es, zugleich im Interesse einer erzielbaren Entwicklung der Versicherung des Rindviehs gegen die Verluste aus sonstigen Ursachen, geboten erscheinen, die Entschädigung der Verluste aus der Tuberkulose zum Gegenstand einer besonderen Versicherung zu machen; zu diesem Zwecke empfiehlt es sich

a) im Wege der Reichsgesetzgebung den Grundsatz der allgemeinen Entschädigungspflicht festzustellen,

b) durch Landes- und bez. Provinzialgesetzgebung die Art der Entschädigung und der Aufbringung der hieraus erwachenden Kosten zu regeln,

c) zur Aufbringung der Kosten der Entschädigung, als im öffentlichen Interesse liegend, Beiträge aus öffentlichen Mitteln zu gewähren.

5) Es liegt im Interesse einer geistlichen Entwicklung der Viehversicherung, daß dieselbe einer staatlichen Aufsicht unterstellt und eine regelmäßige Wirkung von Vertretern der Versicherten bei der Verwaltung organisiert werde.

II. Der deutsche Landwirtschaftsrath beschließt:

„Erhebungen über die Entschädigungswesens bei der Viehversicherung zu veranstalten, um für alle Zweige der Viehversicherung möglichst sichere statistische Unterlagen zu beschaffen.“

Dieser Antrag ist das Ergebnis längerer, gemeinsam mit dem Oberregierungsrathe Lydtin in Karlsruhe geplante Beratungen der drei Referenten. Als Beratungsort war Karlsruhe gewählt worden, weil in Baden die Organisation des Viehversicherungswesens durch Errichtung eines Landesverbands die bis jetzt in Deutschland an weitaus gehende gesetzliche Grundlage erhalten hat.

Aus den Begründungen, welche die Referenten dem Antrage zu Theil werden ließen, sei Folgendes erwähnt: Die Bedeutung des Viehstandes für den Viehmarkt macht sich um so mehr geltend, je kleiner der Vieh ist, und das Bedürfnis nach Sicherstellung des darin angelegten Vermögenswerts wird daher bei dem kleinen Viehhörner am lebhaftesten empfunden. Je größer der Viehstand ist, desto mehr nähert sich der tatsächliche Verlust in den einzelnen Jahren dem im großen Durchschnitt sich ergebenden Jahresverlust und desto eher ist der Besitzer in der Lage, außergewöhnliche Verluste selbst zu tragen, ohne dadurch allzu empfindlich getroffen zu werden. Bei kleinerem Vieh übersteigt der Verlust schon eines einzelnen Thieres den Durchschnittsverlust so erheblich und trifft einen so großen Theil des Gesamtvermögens, daß er den Betroffenen auf das empfindlichste berührt und daß der Wiederersatz des verlorenen Thieres häufig zur Frage der Möglichkeit des wirtschaftlichen Fortbestandes wird.

Der Verlust einer Auh bildet in Gegenden mit vorherrschend kleinem Grundbesitz häufig die erste Anknüpfung für Wucherer, und der Viehwucher wiederum den Ausgang zur Gründung der Abhängigkeit auch nach anderen Beziehungen hin (Verkauf von Getreide, Ankauf von Futtermitteln, Düngemitteln u. s. w.) und zur Schaffung einer Notlage, aus welcher der Betroffene sich aus eigener Kraft meist nicht mehr zu befreien vermag. Die Befreiung von einer Versicherung gegen Verlust durch Viehsterben wird den kleinen Viehhörnern vor solcher Ausbeutung seiner Notlage zu schützen geeignet sein. Die Versicherung nimmt die Freiwilligkeit allein zu überlassen, kann nach den bisherigen Erfahrungen als ausreichend nicht erachtet werden; es müsse mindestens für das dringlichste Gebiet der Viehversicherung die Zwangsversicherung Platz greifen, nämlich für die Zubehörlose des Kindertisches. Jeder weitere Schritt wird die Befreiung der Abhängigkeit auch nach anderen Beziehungen hin (Verkauf von Getreide, Ankauf von Futtermitteln, Düngemitteln u. s. w.) und zur Schaffung einer Notlage, aus welcher der Betroffene sich aus eigener Kraft meist nicht mehr zu befreien vermag. Die Befreiung von einer Versicherung gegen Verlust durch Viehsterben wird den kleinen Viehhörnern vor solcher Ausbeutung seiner Notlage zu schützen geeignet sein. Die Versicherung nimmt die Freiwilligkeit allein zu überlassen, kann nach den bisherigen Erfahrungen als ausreichend nicht erachtet werden; es müsse mindestens für das dringlichste Gebiet der Viehversicherung die Zwangsversicherung Platz greifen, nämlich für die Zubehörlose des Kindertisches.

III. Der Regierungsrath beschließt:

„Auf Lieferung 745 Gr. bunt per April - Mai zum freien Verkehr 154 M. Br., 15½ M. Br., transit 131 M. Br., 130 M. Br., per Mai-Juni 126½ M. Br., 126 M. Br., 131½ M. Br., 130½ M. Br., auf Lieferung 745 Gr. bunt per April - Mai 125 M. Br., zum freien Verkehr 154 M. Br., 15½ M. Br., transit 131 M. Br., 130 M. Br., per Mai-Juni 126½ M. Br., 126 M. Br., unterpoln. 104 M. Br., 103 M. Br., 102 M. Br., 101 M. Br., 100 M. Br., 99 M. Br., 98 M. Br., 97 M. Br., 96 M. Br., 95 M. Br., 94 M. Br., 93 M. Br., 92 M. Br., 91 M. Br., 90 M. Br., 89 M. Br., 88 M. Br., 87 M. Br., 86 M. Br., 85 M. Br., 84 M. Br., 83 M. Br.,

Die Trauerfeier für Hrn. Pfarrer Max Großkopf findet Donnerstag, den 16. Februar, Vorm. 10 Uhr, in der Kirche zu Ohra statt.

### Loose:

Römer Dombau-Lott. a 3,50 M.  
Weseler Geld-Lott. a 3,50 M.  
Danz. Silber-Lotterie a 1 M.  
Ruhmeshalle-Görlitz a 1 M.  
Marienburger Schlossbau a 3 M.  
St. Marienkirche zu Trepow a. R. a 1 M.  
zu haben in der Erbde. der Danziger Zeitung.

Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie a 1 M.  
Loose zur Trepower Silber-Lotterie a 1 M.  
Loose zur VIII. Weseler Geld-Lotterie a 3,50 M.  
Loose zur Marienburger Geld-Lotterie a 3 M.  
zu haben bei

Th. Bertling.

Römer Dombau-Lotterie  
Ziehung bestimmt 23. Febr. cr.  
Hauptgewinn 75000 M. Loose  
a 3,50 M. noch zu haben bei

Hermann Lau, Langgasse 71.  
Engländerin  
gibt engl. Conversat.-Stunden,  
käufmännische Correspondenz-Uebersetzungen. Adr. u. 3607  
in d. Exp. d. Ztg. erb.

Hermann Lau,  
Langgasse 71.  
Musikalisch-Handlung u.  
Musikalien-Leih-Anstalt.  
Abonnement für hiesige  
und Auswärtige zu den  
günstigsten Bedingungen.  
Novitäten sofort nach  
Erscheinen. (2079)  
Auf Wunsch  
Ansichtsendungen.

Künstliche Zahne etc.  
Paul Zander,  
Breitgasse 105.

Centrifugen-Tafel-Butter,  
täglich frisch, empfiehlt  
J. M. Kutschke.

Ital. Galat  
empfiehlt (4839)

J. M. Kutschke.  
Rennthier, Rehwild,  
Wildschwein,  
Puten, Kapuunen,  
Gänse, Enten,  
Birk- und Haselwild,  
Schneehühner u. s. w.  
empfiehlt (4838)

J. M. Kutschke,  
Langgasse 4.

Junge sette Puten  
pro kg 70 S.  
sette Kapuunen, Hähne,  
Suppenhühner,  
Schneehühner, Hasel-  
hühner, Birshähne,  
empfiehlt billig

Carl Köhn,  
Vorst. Graben 45. Ecke Melzerg.  
Hochfein. Ölfilter Fettlöse,  
Limburger Sahnenkäse  
frisch geräuchert. Lachs  
(in selten schöner Qualität),  
conserv. Matjesheringe  
neue Malta-Kartoffeln,  
große Weichsel-Neunaugen,  
Kollmoppe

n. marin. Delicatessen  
in Milchsaucce,  
Elb- und Weichsel-  
Caviar,  
geräucherte Lachsheringe  
offert

Otto Boesler,  
vorm. Carl F. H. Bötti,  
Heilige Geistgass Nr. 47,  
Ecke der h. h. gasse

Frische  
Koniner Bressen,  
Pfund 40 S.  
frische Karpfen,  
Pfund 50 S.  
frische Schellfische,  
Pfund 40 S.  
frische Landseebarsche,  
Pfund 40 S.  
Maränen, geräuchert,  
nehme heut. Abend frisch aus  
dem Rauch.

Wilh. Goertz,  
Fruengasse Nr. 46.

Schneeschuhe,  
„Ski“,  
echt norwegische, sind wieder  
eingetroffen und empfiehlt billig  
H. Hillel,  
Eisenhandlung.

### Berkauf eines Concurswaarenlagers.

Das zur H. Luck'schen Concursmasse gehörige  
Woll- und Kurzwarenlager steht Geschäftsstellen im  
Tagwerthe von 1238,35 M. werde ich  
Dienstag, den 21. Februar 1893,  
Vormittags 11 Uhr,

in dem Ladenlokal Drehergasse 16 (Cange Brücke neben  
dem Krabenhofe) meistbietend im Ganzen verkaufen.  
Die Verkaufsbedingungen sowie die Taxe sind in  
meinem Bureau Breitgasse 100 täglich von 9—10 Uhr  
Vormittags ausgelegt, auch kann die Belebung des  
Lagers nach vorheriger Meldung stattfinden. Biefungs-  
kaution 300 M. (4816)

Der Concursverwalter

Adolph Eick, Breitgasse Nr. 100.

## Nächste Woche Ziehung der Kölner Dombau-Lotterie.

Hauptgewinn Mark 75000.

Loose a 3,50 Mark sind zu haben in der  
Expedition der Danziger Zeitung.

### Maränen

a Mandel 70 Pfg.,  
a Mandel 1 Mark 20 Pfg.,  
a Mandel 1 Mark 50 Pfg.,  
a Mandel 1 Mark 80 Pfg.,  
schockweise noch etwas billiger,  
für Wiederverkäufer Engros-Preise  
bei

(4819)

J. M. Kutschke.

### Hotel Rohde

(Café Central.)

Langgasse, dem Rathause gegenüber.  
Elegante Zimmer. Solide Preise.  
Diner 1,50 M. kein Weinzwang.  
Hotelsbiener am Bahnhof. (4358)

August Rohde, Besitzer.



### Großer Ausverkauf.

Um mit meinen sämmlichen Lägen von  
Eisen-Kurz- und Emaille-Waaren,  
sowie Wirtschafts-Gegenständen  
vollständig zu räumen, verkaufe ich folgende Gegenstände  
zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen, als:

Wasereimer in grau, blau, weiß a. M. 1,60  
und 1,75, Waschschüsseln von M. 1,00 an. Thee-  
und Kaffeekannen in diversen bunten Mustern ic.  
ebenso Petroleum-Roh- und Spiritus-Apparate,  
Rohlen-Bügel und Glan-Bügeleisen, ver., ver.  
Wasch-  
köpfe, Bouillon-Öpse ic. ic. und diverse andere  
Gegenstände. (4778)

Die Eisenwaren-Handlung von  
E. Flemming, Lange Brücke,  
Dampfschiff-Anlegeplatz.

### Feldbahnen- und Lowris

Ludw. Zimmermann Nachfl.,  
Fischmarkt Nr. 20—21.

Feld-  
u. Industriebahnen  
sonst für  
Moorkulturen und Meliorationen,  
neu und gebraucht,  
kauf- und miethsweise.

Gänzlicher Ausverkauf  
wegen Aufgabe meines Papier- und Galanterie-  
waren-Geschäftes.

Wilhelm Herrmann,

Langgasse 49.

Diverse Papiere und Umschläge je 100 Stück  
von 40 Pfennig an. Portemonnaies, Cigarren-,  
Brief- und Visitenkarten-Taschen. Photographie-,  
Poesie- und Oblaten-Alben. Nippesachen, Näh-  
kästen. Cotillon-Orden und -Touren zu ganz  
billigen Preisen (4801)

Ball-Strümpfe,  
Ball-Handschuhe,  
Elegante  
Schultertücher u.  
Kopftüllen,  
Theater-Tricots  
empfiehlt in reicher Farbenauswahl

Otto Harder, Danzig,  
Gr. Krämergasse 2 u. 3.

### Tattersall.

Telephon Nr. 220.

Großes, elegantes Reitinstut.  
Große Auswahl  
schöner, sicher gerittener Pferde zum verleihen.  
Reitunterricht für Damen und Herren.  
reiter von Reitpferden.  
Pensions-Stallung.  
Pferdehandlung.

Permanent stehen 20—25 Stück zur Auswahl.

Große Ausstellung.

# Beilage zu Nr. 19979 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 15. Februar 1893.

## Reichstag.

43. Sitzung vom 14. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.  
Eingegangen ist eine Novelle zum Militärpensionsgesetze.

Das Haus sieht die zweite Berathung des Staats des Reichsrats des Innern beim Titel „Staatssekretär 50 000 Ma.“ fort.

Abg. v. Manteuffel (cons.): Schon 1887 hat man uns vom Bundesrathsseite versichert, daß die Vorarbeiten für eine Abänderung des Unterstüzungswohnsitzes nahezu beendet seien; im vorigen Jahre stellte der Reichskanzler eine entsprechende Vorlage noch für jene Session in Aussicht. Jetzt sind wir schon drei Monate versammelt und noch immer schweigt des Gängers Höflichkeit von dieser wichtigen Vorlage. Namentlich im Interesse der ländlichen Arbeiter ist die Regelung dieser dringlichen Angelegenheit eine unabsehbare Nothwendigkeit. Die Verschiebung der Bevölkerung, die Wanderung von dem platten Lande in die Stadt und die Auswanderung haben dem platten Lande in den Jahren 1885 bis 1890 etwa 900 000 Menschen entzogen. Die besten Stühle unserer Armee, die besten Rekruten werden auf dem platten Lande erzeugt (Widerspruch links); gerade in dem Momente, wo eine Militärvorlage zur Berathung steht, wie die vorliegende, müßte doch auf diese statistisch nachgewiesenen Thatsachen die ganze Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen gelenkt werden. Eine durchgreifende Änderung der augenblicklichen Verhältnisse erwarte ich freilich nicht von der Änderung des Unterstüzungswohnsitzes, aber wir sind auch gar nicht so becheiden, uns darauf zu beschränken. (Bewegung links.) Das scheint Sie zu wundern. Ich muß mich wundern, daß Sie das wundern. Die Unzufriedenheit, die sich jetzt überall in ländlichen Kreisen geltend macht, werden die Herren doch nicht wegleugnen können. Die Freisinnigen scheinen es ja allerdings darauf anzulegen, die Landwirtschaft durch Nachüberprüfung ihrer Klagen vollends zu ruinieren; wir hoffen aber, daß die Regierung den Standpunkt, welchen Herr Barth hier gegenüber den Klagen der Landwirtschaft im Abgeordnetenhaus einnahm, nicht teilen wird. Auch hat der Reichskanzler in seiner vorjährigen Bemerkung nicht erkennen lassen, daß ihm der Standpunkt des Herrn sympathisch ist. Eine Beschränkung der Freizügigkeit fordert wir ebenso, nicht etwa ihre Beseitigung. Endlich muß ich bemängeln, daß die Antwort, welche der Reichskanzler dem Grafen Marsbach wegen der Währungsfrage gab, jedes Entgegenkommen vermissen ließ. Danach scheint bei ihm das Maß von Beachtung der Landwirtschaft, welches diese fordern darf, nicht vorhanden zu sein. Die Unzufriedenheit des Grundbesitzes muß dementsprechend immer allgemeiner werden, und das ist der Fall nicht bloß bei dem Großgrundbesitz, sondern auch bei dem mittleren und kleineren, die mit ihm unentrennlich verbunden sind. Schwer bedroht wird die deutsche Landwirtschaft auch durch den beabsichtigten Handelsvertrag mit Russland. Wenn noch 1892 zahlreiche Conservativen für die Handelsverträge stimmen, für einen Handelsvertrag mit Russland wird nach den gemachten Erfahrungen kaum einer von uns zu haben ist. (Hört! links.) Das preußische Abgeordnetenhaus hat ganz recht, wenn es alles versucht, um seine Meinung in dieser Beziehung der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marsbach: Heute Morgen bringt die „Auszug“ einen Artikel, welcher behauptet, daß gewisse deutschfeindliche Artikel der russischen Presse direkt ihre Informationen aus der hiesigen russischen Botschaft bezogen hätten. Ich muß dies als eine grobe Unwahrheit und eine grobe Verleumdung der internationalen Rücksichten bezeichnen. Solche Praktiken sind bisher in Deutschland nicht üblich gewesen und werden sich hoffentlich nicht einbürgern. Bezüglich der Handelsvertragsverhandlungen kann ich nur sagen, daß diese Frage für die Discussion noch nicht reif ist. Befredigungen mit der russischen Regierung sind im Gange, wobei von unserer Seite die Gewährung des Conventionalitätsangebotes ist und die Reduzierung des russischen Zölles angestrebt wird. Principielle Erklärungen in diesem Augenblieke zu verlangen, ist nicht das Richtige. Wenn aber verlangt wird, daß wir Conservativen unsererseits auch dann versagen, wenn vor der anderen Seite solche angeboten werden, so muß ich diesen Bestrebungen negativen Erfolg voraussehen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich beschränke mich auf eine kurze Antwort auf die letzten Ausführungen des Herrn v. Manteuffel; würde ich auf alle seine Anregungen eingehen, so möchte daraus wieder eine mehrjährige Debatte entstehen. (Zuruf links: monatelang!) Der Reichskanzler hat mit Bestimmtheit eine Vorlegung der Novelle in der vorigen Session gar nicht in Aussicht stellen können. Wir erkennen voll und ganz die Schmerzen der Landwirtschaft an, wir erkennen auch die Notwendigkeit der Reform der Armengesetzgebung an, aber wir haben ausdrücklich betont, daß wir die Wirkungen der gesammelten socialpolitischen Gesetzgebung bezüglich der Erleichterung der bisherigen Armenpflegeaufgaben abwarten müssen. Die Novelle befindet sich in dem Bundesratsausschuß, hier sind gewisse juristische Bedenken erhoben worden, und wenn erst Juristen sich eines Gegenstandes bemächtigen, gehen die Dinge langsamer. (Heiterkeit.) Aber bereits für nächsten Donnerstag steht die Novelle auf der Tagesordnung des Plenums des Bundesraths. Auch über die Correctur des Gesetzes bestehen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundesraths. Preußen wird für die Correctur eintreten. Stimmt der Bundesrat zu, dann wird wohl noch diese Session sich mit der Vorlage zu befassen haben.

Abg. Ritter: Die Rede des Abg. v. Manteuffel und den Jorn gegen uns möchte ich nicht als tragisch nehmen. Die Herren fühlen das Bedürfnis, sich in den nächsten Tagen in Berlin tagenden Agrarier-Bund, der von einem Herrn Ruprecht veranlaßt, vorzuarbeiten. Angesichts dieser Versammlung wollen die Herren zeigen, was sie können, und es ist ihre Aufgabe dabei, die anderen Parteien möglichst schlecht zu machen. Sie befinden sich in Verlegenheit; überall bröckelt es ab. Die antisemitische Flagge haben sie ausgezogen, um den Antisemiten das Heft aus der Hand zu nehmen; es ist ihnen nicht gelungen; sie sind verschwunden. Ebensowohl wird es ihnen mit den extremen Agrariern gehen. Was soll man zu der Insinuation des Abg. v. Manteuffel, daß die Freisinnigen zu beabsichtigen scheinen, die Landwirtschaft von Norddeutschland zu Grunde zu richten, sagen? Haben wir denn nicht ebenso hervorragende Landwirthe unter uns wie Sie? Trauen Sie uns wirklich so wahnsinnige Attentate gegen unsere Landwirtschaft zu? Wir sind doch hier keine Kinder, sondern in einer Gesellschaft ernster Männer. Als solche handeln wir doch auch. Der Jorn der Conservativen richtet sich nicht nur gegen uns, sondern ebenso gegen die Regierung und insbesondere den landwirtschaftlichen Minister, der aus Ihren Reihen hervorgegangen ist. Aber gegen die Regierung sind Sie einstweilen milder. Das ist erklärlieh, denn wenn Sie sich in Gegensatz zur Regierung setzen, ist's um Sie geschehen. Sie leben ja nur von der Gunst der Landräthe und Gendarmen. Was verlangen Sie vom Minister? Er kann doch nicht eine Politik treiben, wie Sie vor den Bauern in der Währungsfrage. Hat sich doch sogar einer der Ihren herausgenommen, von der Vaterlandslosigkeit derjenigen zu sprechen, die einen Handelsvertrag mit Russland wollen. Ich gönne der Regierung, daß sie das an ihren Freunden erlebt (Heiterkeit), das nennt man Patriotismus! Sie lehnen

den Handelsvertrag ab und kennen den Inhalt noch gar nicht. Diese Feinde gegen Russland in der conservativen Presse verurtheilen wir, sie geht gegen das Staats- und Friedens-Interesse. Die Thatsache der Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist bekannt. Sie ist eine natürliche Folge der Entwicklung. Durch Gesetze können Sie doch diesen Lauf der Dinge nicht hemmen. Was wollen Sie denn? Identitätsnachweis-Aufhebung! Haben wir schon lange verlangt, Sie haben uns dabei 1879 nicht unterstützt. Den Arbeitermangel in den östlichen Provinzen, über den Sie so viel klagen, haben Sie durch die Unterstüzung der Auswanderungsmachegesetze gegen die polnischen und russischen Arbeiter erheblich verstärkt. Früher wollten Sie davon nichts wissen. Wer hat denn durch künstliche Förderung der Industrie die Arbeiter vom Lande nach dem Industrie-Centrum geführt? Sie! Wir haben vergeblich gewarnt. Sie wollen den Handelsvertrag mit Russland nicht. Weshalb? haben Sie noch nicht speziell darlegt. Mit allgemeinen Redewendungen kommt man nicht vorwärts. Wir sind der Überzeugung, daß die feindliche wirtschaftliche Politik gegen Russland auch die Interessen unserer Landwirtschaft schwer schädigen würde. Was haben Sie denn für Heilmittel gegen die Leiden der Landwirtschaft? Reform des Unterstüzungswohnsitzes! Das will sehr wenig sagen. Zu einer durchgreifenden Änderung kommt es nicht wegen der Verschiedenheit der Anschauungen zwischen Süd und Nord für und gegen das Heimatherrschaft. Ich gestehe gern zu, das platte Land wird durch das heilige Gesetz geschädigt, ich bin zu einer radicalen Änderung bereit. Aber die Herren (rechts) gewiß nicht. Hr. v. Manteuffel mit dem Freizügigkeitsgesetz einschränken. Da sagen wir Hand weg! Das ist eins der deutschen Grundsätze, die nicht angefasst werden darf. Keine Majorität wird es wagen, das zu thun. Sie wollen die Arbeit an ihre Scholle durch Zwangsgesetze und Polizei regeln lassen. Er soll nicht das Einzige, was er hat, seine Arbeitskraft so gut verwerthen, wie er kann. Da gehen wir unter keinen Umständen mit. Diese Bestrebungen weisen wir a limine zurück! (Bravo links.)

Abg. Graf Ranft (cons.): Wir hängen nicht von der Gnade der Landräthe ab; wäre das der Fall, dann würde seine Behauptung von unserer Opposition gegen die Regierung doch nicht stimmen. Wir genießen diese Unterstüzung nicht, sie hat längst aufgehört. (Lachen links.) Wir stehen hier als frei gewählte Vertreter des Volkes und tragen seine Klagen vor. Es wäre uns sehr viel lieber, wenn der deutsche Arbeiter des Orients in seiner Heimat bliebe, damit nicht die polnische Bevölkerung nachzuströmen brauchte, um die entstandenen Lücken auszufüllen. Wir müssen politische Arbeiter in den östlichen Provinzen haben, aber dieses Verhältnis ist trotz allem ein Unding, welches aus der Welt zu schaffen wir uns alle Mühe geben werden. Wir sind auch nicht in das Bismarck'sche Lager übergetreten. Wir haben uns stets Mühe gegeben, den Fürsten Bismarck zu unsern Anschauungen herüberzuholen; ich verweise dabei auch auf meine Bemühungen seit 1888. In Preußen sind 546 Kreise vorhanden, von welchen 188 in den leichten Volkszählung-Turnus eine Abnahme der Bevölkerung aufweisen. Die Bevölkerung Ostpreußens hätte um 110 000 Köpfe zunehmen müssen, sie ist aber stationär geblieben und diese 110 000 Köpfe, die uns jetzt fehlen, sind gerade die Landarbeiter. Hier kann und muß im Wege der Gesetzgebung geholfen werden. Der oberschlesische und der westfälische Kohlendistrict, sowie die Stadt Berlin haben sich dagegen unverhältnismäßig vermehrt. Allerdings wird uns eine Änderung des Unterstüzungswohnsitzes nicht viel helfen. Deswegen werden noch andere gesetzegeberische Maßnahmen ins Auge zu fassen sein. Es kann sehr viel auf dem Gebiete des Eisenbahn- und des Tarifwesens geschehen. Die großen Benefits, welche den Großstädten durch die niedrigen Fahrpreise für die Arbeiter gewährt werden, fordern unsere höchsten Bedenken heraus. Es sind Ermäßigungen bis zu 100 vom Hundert eingetreten. In den Vororten sind in Folge davon große Arbeiterviertel entstanden, elende Miethäusern, welche einen enormen Bauschwund gezeigt haben. Das wäre vermieden worden, wenn man durch die niedrigen Fahrpreise diese Erscheinungen nicht begünstigt hätte. Bei der Berathung der Handelsverträge hat Herr v. Caprivi Handel und Industrie als die eigentlichen Träger des nationalen Wohlstandes hingestellt. Nichts hat mehr zu der Münzstimmung in ländlichen Kreisen beigetragen als diese Auferkennung des Reichskanzlers. Der Dortmund-Ems-Kanal, der die Kohlenindustrie zu fördern bestimmt ist, ist nach meiner Meinung eine der unnötigsten Unternehmungen der neueren Zeit. (Bewegung links.) Die größten Summen werden verwendet für Hebung der Industrie; die kleinen Summen für die Landwirtschaft erscheinen daneben geradezu winzig. Die außerordentlichen Fahrpreismäßigungen für Trupps von 30 Arbeitern und darüber auf den preußischen Staatsbahnen von Osten nach Westen sind zwar zum Theil wieder aufgehoben, bestehen aber zum großen Schaden der Landwirtschaft in Oberschlesien noch fort. Es handelt sich hier um die unglücklichen Sachsen, welche von Agenten verlockt werden, die zum größeren Theil bestrafte Personen sind. Durch diese Erscheinung wird die Überproduktion, die in den Kohlenrevieren schon sehr vorhanden ist, noch mehr gefestigt. Man sieht die Folgen an dem Zustandekommen des Kokes- und Kohlensyndikats für das oberhessisch-westfälische Kohlendekken, welches schließlich auch nur die inländische Industrie zu Gunsten der ausländischen benachteiligen wird. Von den Handelsverträgen mit Österreich haben nicht wir, sondern Österreich den Vortheil. Im allgemeinen fürchte ich, daß der neue Curs uns in dieser Richtung verhängnisvoll werden wird; die Früchte der Handelsverträge sind freie Einführung und geschwächte Ausfuhr. Die Frage wird ja morgen im Abgeordnetenhaus zur Erörterung kommen; der Antrag Arent ist kein agrarischer, das zeigt schon der Umstand, daß Herr Böpplius, einer der größten Glasindustriellen Preußens, ihn in seiner ersten Auflage warm verteidigt hat. Unter ganzes jehiges Gesetzesbestystem der Bevorzugung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft muß geändert werden; gleiches Maß und gleiches Recht verlangen wir, dann wird das deutsche Volk in der Lage sein, den Aufgaben zu genügen, welche ihm auch jetzt wieder auferlegt werden.

Staatssekretär v. Marsbach: Gute Morgen bringt die „Auszug“ einen Artikel, welcher behauptet, daß gewisse deutschfeindliche Artikel der russischen Presse direkt ihre Informationen aus der hiesigen russischen Botschaft bezogen hätten. Ich muß dies als eine grobe Unwahrheit und eine grobe Verleumdung der internationalen Rücksichten bezeichnen. Solche Praktiken sind bisher in Deutschland nicht üblich gewesen und werden sich hoffentlich nicht einbürgern. Bezüglich der Handelsvertragsverhandlungen kann ich nur sagen, daß diese Frage für die Discussion noch nicht reif ist. Befredigungen mit der russischen Regierung sind im Gange, wobei von unserer Seite die Gewährung des Conventionalitätsangebotes ist und die Reduzierung des russischen Zölles angestrebt wird. Principielle Erklärungen in diesem Augenblieke zu verlangen, ist nicht das Richtige. Wenn aber verlangt wird, daß wir Conservativen unsererseits auch dann versagen, wenn vor der anderen Seite solche angeboten werden, so muß ich diesen Bestrebungen negativen Erfolg voraussehen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich beschränke mich auf eine kurze Antwort auf die letzten Ausführungen des Herrn v. Manteuffel; würde ich auf alle seine Anregungen eingehen, so möchte daraus wieder eine mehrjährige Debatte entstehen. (Zuruf links: monatelang!) Der Reichskanzler hat mit Bestimmtheit eine Vorlegung der Novelle in der vorigen Session gar nicht in Aussicht stellen können. Wir erkennen voll und ganz die Schmerzen der Landwirtschaft an, wir erkennen auch die Notwendigkeit der Reform der Armengesetzgebung an, aber wir haben ausdrücklich betont, daß wir die Wirkungen der gesammelten socialpolitischen Gesetzgebung bezüglich der Erleichterung der bisherigen Armenpflegeaufgaben abwarten müssen. Die Novelle befindet sich in dem Bundesratsausschuß, hier sind gewisse juristische Bedenken erhoben worden, und wenn erst Juristen sich eines Gegenstandes bemächtigen, gehen die Dinge langsamer. (Heiterkeit.) Aber bereits für nächsten Donnerstag steht die Novelle auf der Tagesordnung des Plenums des Bundesraths. Auch über die Correctur des Gesetzes bestehen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundesraths. Preußen wird für die Correctur eintreten. Stimmt der Bundesrat zu, dann wird wohl noch diese Session sich mit der Vorlage zu befassen haben.

Abg. Ritter: Die Rede des Abg. v. Manteuffel und den Jorn gegen uns möchte ich nicht als tragisch nehmen. Die Herren fühlen das Bedürfnis, sich in den nächsten Tagen in Berlin tagenden Agrarier-Bund, der von einem Herrn Ruprecht veranlaßt, vorzuarbeiten. Angesichts dieser Versammlung wollen die Herren zeigen, was sie können, und es ist ihre Aufgabe dabei, die anderen Parteien möglichst schlecht zu machen. Sie befinden sich in Verlegenheit; überall bröckelt es ab. Die antisemitische Flagge haben sie ausgezogen, um den Antisemiten das Heft aus der Hand zu nehmen; es ist ihnen nicht gelungen; sie sind verschwunden. Ebensowohl wird es ihnen mit den extremen Agrariern gehen. Was soll man zu der Insinuation des Abg. v. Manteuffel, daß die Freisinnigen zu beabsichtigen scheinen, die Landwirtschaft von Norddeutschland zu Grunde zu richten, sagen? Haben wir denn nicht ebenso hervorragende Landwirthe unter uns wie Sie? Trauen Sie uns wirklich so wahnsinnige Attentate gegen unsere Landwirtschaft zu? Wir sind doch hier keine Kinder, sondern in einer Gesellschaft ernster Männer. Als solche handeln wir doch auch. Der Jorn der Conservativen richtet sich nicht nur gegen uns, sondern ebenso gegen die Regierung und insbesondere den landwirtschaftlichen Minister, der aus Ihren Reihen hervorgegangen ist. Aber gegen die Regierung sind Sie einstweilen milder. Das ist erklärlieh, denn wenn Sie sich in Gegensatz zur Regierung setzen, ist's um Sie geschehen. Sie leben ja nur von der Gunst der Landräthe und Gendarmen. Was verlangen Sie vom Minister? Er kann doch nicht eine Politik treiben, wie Sie vor den Bauern in der Währungsfrage. Hat sich doch sogar einer der Ihren herausgenommen, von der Vaterlandslosigkeit derjenigen zu sprechen, die einen Handelsvertrag mit Russland wollen. Ich gönne der Regierung, daß sie das an ihren Freunden erlebt (Heiterkeit), das nennt man Patriotismus! Sie lehnen

den Handelsvertrag ab und kennen den Inhalt noch gar nicht. Diese Feinde gegen Russland in der conservativen Presse verurtheilen wir, sie geht gegen das Staats- und Friedens-Interesse. Die Thatsache der Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist bekannt. Sie ist eine natürliche Folge der Entwicklung. Durch Gesetze können Sie doch diesen Lauf der Dinge nicht hemmen. Was wollen Sie denn? Identitätsnachweis-Aufhebung! Haben wir schon lange verlangt, Sie haben uns dabei 1879 nicht unterstützt. Den Arbeitermangel in den östlichen Provinzen, über den Sie so viel klagen, haben Sie durch die Unterstüzung der Auswanderungsmachegesetze gegen die polnischen und russischen Arbeiter erheblich verstärkt. Früher wollten Sie davon nichts wissen. Wer hat denn durch künstliche Förderung der Industrie die Arbeiter vom Lande nach dem Industrie-Centrum geführt? Sie! Wir haben vergeblich gewarnt. Sie wollen den Handelsvertrag mit Russland nicht. Weshalb? haben Sie noch nicht speziell darlegt. Mit allgemeinen Redewendungen kommt man nicht vorwärts. Wir sind der Überzeugung, daß die feindliche wirtschaftliche Politik gegen Russland auch die Interessen unserer Landwirtschaft schwer schädigen würde. Was haben Sie denn für Heilmittel gegen die Leiden der Landwirtschaft? Reform des Unterstüzungswohnsitzes! Das will sehr wenig sagen. Zu einer durchgreifenden Änderung kommt es nicht wegen der Verschiedenheit der Anschauungen zwischen Süd und Nord für und gegen das Heimatherrschaft. Ich gestehe gern zu, das platte Land wird durch das heilige Gesetz geschädigt, ich bin zu einer radicalen Änderung bereit. Aber die Herren (rechts) gewiß nicht. Hr. v. Manteuffel mit dem Freizügigkeitsgesetz einschränken. Da sagen wir Hand weg! Das ist eins der deutschen Grundsätze, die nicht überwunden werden darf. Keine Majorität wird es wagen, das zu thun. Sie wollen die Arbeit an ihre Scholle durch Zwangsgesetze und Polizei regeln lassen. Er soll nicht das Einzige, was er hat, seine Arbeitskraft so gut verwerthen, wie er kann. Da gehen wir unter keinen Umständen mit. Diese Bestrebungen weisen wir a limine zurück! (Bravo links.)

Abg. Graf Ranft (cons.): Ich schließe mich dem Identitätsnachweis-Aufhebung an.

Ranft gänzlich, daß mit dem 1. Februar 1892 das Schutzzollsystem völlig allgemein zu werden drohte, daß alle Staaten sich mit Schuhmäuer gegen Deutschland umgeben hatten und Deutschland vollständig vom Weltmarkt ausgeschlossen drohten. Diese meine Behauptung, daß die Opposition gegen die Handelsverträge auf einer Verkenntung unserer handelspolitischen Situation beruhe, ist ja freilich bestritten worden, ein Blick auf unsere Handelsbilanz ergibt aber ihre Richtigkeit. Die Währungsfrage und ihre Lösung würde der Landwirtschaft nur einen Wechsel auf lange Sicht ausstellen, während die bestehenden Handelsverträge schon am 1. Februar 1892 abfielen. Man hätte also allerdings Repressalien überkommen, aber ein Krieg soll doch nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein, der Friedensschluß soll doch ein Tarifvertrag sein, der beide Theile befriedigt. Außerdem halb des Hauses ist nun von den Erfahrungen gesprochen worden, welche mit den Handelsverträgen gemacht seien; diese Erfahrungen müßten als eine Warnung vor dem Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages ausgesetzt werden. Ich habe davon nichts Besorgniß für die Zahl ihrer Wahlkreise. Herr Barth vergibt ganz, daß der Standard of life der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Gegenden, wo die alten patriarchalischen Verhältnisse noch in Blüthe sind, so in Mecklenburg, besser ist als der weit höher gehobenen Industriearbeiter. (Rufen links: Warum gehen Sie denn weg?) Weil sie verlockt werden. (Lachen links.) Die Herabsetzung des Zolles muß die Kaufkraft der Landwirtschaft verringern und dahin führen, die Landwirtschaft allmählich zu Grunde zu richten, und wenn man dann Handelsverträge abschließt, die diese Consequenz haben müssen, dann ist das eine Politik, welche mit sehenden Augen den Rücken der Landwirtschaft herführt. Außerungen der „Kreuzzeitung“ vertrete ich nicht hier, sondern außerhalb des Hauses in jeder gewünschten Weise; auf die Angriffe des Herrn v. Marschall gegen die „Kreuzzeitung“ werde ich nicht, sondern wird diese antworten.

Darauf wird die Debatte verlagert.

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberathung.)

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 14. Febr. Getreidemarkt. Weizen 1000 ruhig, holsteinischer loco neuer 154—158. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 134—136. riss. loco ruhig. Transito 110.— Hafer ruhig. — Serfe ruhig. — Rüböl (unverjol) fest, loco 54.— Spiritus loco still, per Febr. 22½ Br. per März 22½ Br. — Raffee fest, Umsatz 3000 Gad. — Petroleum loco ruhig. Standard white loco 5.20 Br. per März 5.05 Br. — Regen.

Hamburg, 14. Febr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenroh Zucker, 1. Produkt Bafis 88.8%.

Rübenroh Zucker, f. a. B. Hamburg per Febr. 14.27½, per März 14.25, per Mai 14.40, per Sept. 14.32½, Lustlos.

Hamburg, 14. Febr. Raffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 84½, per Mai 82½, per Sept. 82½, per Dezember 81½. Behauptet.

Emden, 14. Februar. Raffee. Petroleum. (Schlußbericht.) Fahrröhrer. Schwach. Loco 5.35 Gd.

Sauke, 14. Febr. Raffee. Good average Santos per Februar 105.00, per März 104.75, per Mai 103.50. Behauptet.

Mannheim 14. Febr. Weizen per März 16.80, per Mai 16.80, per Juli 16.95. Roggen per März 14.45, per Juli 14.75. Hafer per März 14.65, per Mai 14.65, per Juli 14.85. Mais per März 11.50, per Mai 11.35, per Juli 11.15.

Frankfurt a. M. 14. Febr. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Österreichische Credit-Aktion 276, Lombarden 83½, ungarnische Gold-Rente 97.50, Gotthardbahn 152.10, Disconto-Commandit 189.10, Dresdener Bank 148.30, Bochumer Gußstahl 128.70, Dortmunder Union 61.20,

